

Informativ und Aktuell

Janusz Tycner

**Polen, Deutschland und
die EU-Osterweiterung:
Chancen, Hoffnungen, Ängste –
mit polnischen Augen gesehen**

Nachbestellungen von Einzelexemplaren bitte über
Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung
– Literaturstelle –
Fax: (0511) 3901290

oder

<http://www.nlpb.de> (Rubrik „Publikationen“)

Auslieferung nach Verfügbarkeit: Der Versand erfolgt unfrei.

Herausgegeben von der Niedersächsischen
Landeszentrale für politische Bildung, Hannover 2003

Redaktion: Ekkehard Stüber

Die Veröffentlichung ist keine Meinungsäußerung
der Herausgeberin.

Die Reihe „Informativ und Aktuell“ hat das Ziel,
der interessierten Öffentlichkeit Beiträge zur Diskussion
von politischen Schwerpunktthemen vorzustellen.
Damit will die Niedersächsische Landeszentrale für
politische Bildung einen schnellen Zugriff zu aktuellen
und Hintergrundinformationen ermöglichen.

Für die inhaltlichen Aussagen der Reihe
tragen die jeweiligen Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Wenn es im Einzelfall nicht gelungen ist, Rechteinhaber ausfindig zu machen,
werden diese gebeten, sich mit der Herausgeberin in Verbindung zu setzen.

Druck: Druckerei Dobler, Alfeld,
gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Janusz Tycner

**Polen, Deutschland und
die EU-Osterweiterung:
Chancen, Hoffnungen, Ängste –
mit polnischen Augen gesehen**

Inhaltsverzeichnis

1. Nicht Geld allein	5
2. EU-Osterweiterung – muss das denn sein?	6
3. Was hat denn Deutschland davon?	6
4. Warum will Polen in die EU?	7
5. Gestern Moskau, morgen Brüssel – adieu polnische Souveränität?	8
6. Befürworter, Gegner, Gleichgültige – wie die Polen zur EU stehen	9
7. Sternkreis und Madonna – wie passt das zusammen? Polens katholische Kirche und die EU	11
8. Stallknechte und Putzfrauen bei den Deutschen – Polens Westgebiete heim ins Reich?	13
9. Nehmen die Polen den Deutschen die Arbeit weg? .	15
10. Polens Landwirtschaft – wer soll das bezahlen? . . .	17
11. Mit Schengen kommen die Autodiebe?	19
12. Kehrt Polen seinen östlichen Nachbarn den Rücken zu?	20
13. Polen – der trojanische Esel Amerikas in der EU? . . .	21
14. Polen in der EU – die Trauben hängen hoch	23
15. Polen, Deutschland und die EU – Chance und Voraussetzung für ein Miteinander . . .	23

Polen, Deutschland und die EU-Osterweiterung: Chancen, Hoffnungen, Ängste – mit polnischen Augen gesehen

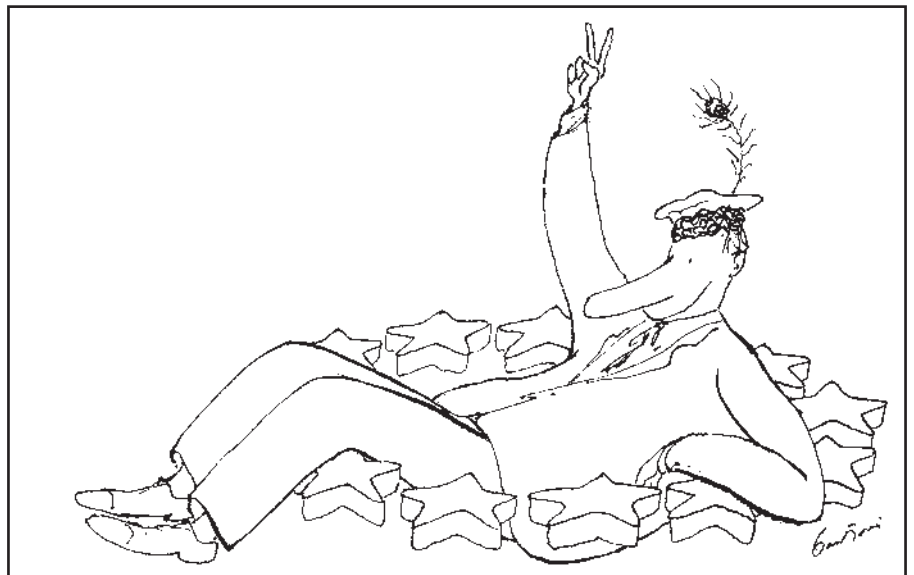
von Janusz Tycner

1. Nicht Geld allein

Am 13. Dezember 2002 sind die Würfel beim Gipfeltreffen in Kopenhagen endgültig gefallen. Die Zahl der EU-Länder soll sich am 1. Mai 2004 fast verdoppeln, von fünfzehn auf fünfundzwanzig steigen. Die (West-)Europäische Union ist gerade dabei, sich in ein gemeinsames Europa zu verwandeln, dessen Bausteine Demokratie und Freiheit, Frieden und ökonomischer Fortschritt sein sollen.

In den zurückliegenden Jahren und Monaten, als um die Beitrittsbedingungen gefeilscht wurde, konnte man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass zwischen Ost und West ausschließlich ein Verteilungskampf ausgebrochen ist. Es war die Fixierung auf Zuschüsse und Quoten, die dazu geführt hat, dass der Erweiterungsprozess zeitweise in Gefahr geriet, seiner Bedeutung entkleidet zu werden, und die Auffassung genährt worden ist, bei allem gehe es einzig und allein ums Geld.

Gerade im Falle Polens war diese Wahrnehmung wohl am stärksten zu vernehmen. Sie verleitete am Tag nach dem Kopenhagener Gipfel die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ zu der Feststellung, dass „die Verhandlungen bisweilen der Grenze des Zumutbaren und zum Unverschämten ziemlich nahe kamen“, und dieser



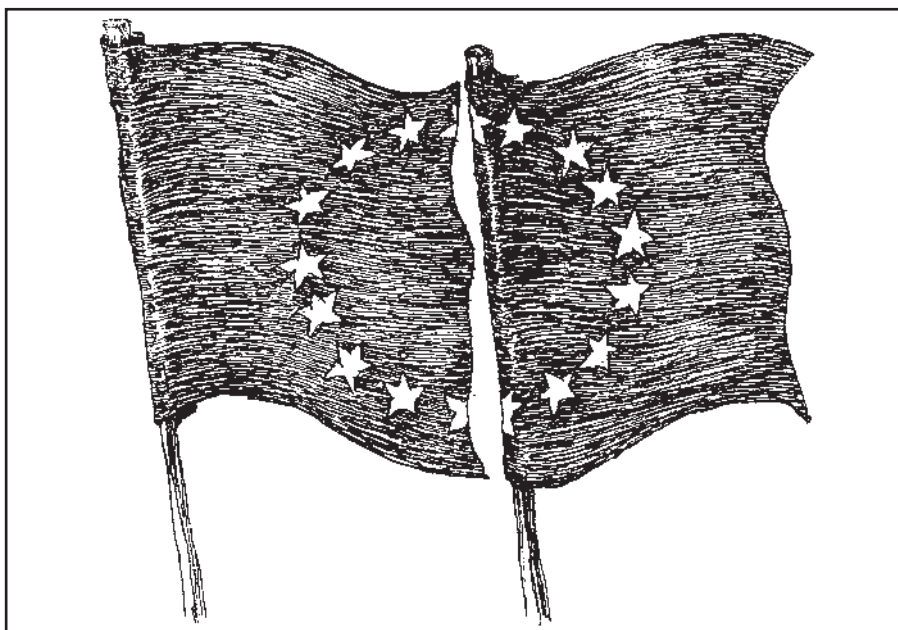
Zeichnung Jacek Gawlowski, Gazeta Wyborcza, 2002

Verhandlungsstil „in Meisterschaft“ gerade von den polnischen Unterhändlern vorgeführt worden sei.

Gewiss, auf Polen richtete sich während der gesamten Beitrittsverhandlungen vor allem das Augenmerk der Medien und der Menschen in der Alt-EU, allein schon deswegen, weil Polen das mit Abstand größte Beitrittsland dieser Erweiterungsrunde ist. Die neuen EU-Staaten Malta, Zypern, Slowenien, Litauen, Lettland oder Estland haben jeweils weniger Bevölkerung als Berlin. Mehr noch: addiert man die Bewohner der EU-Kandidaten Ungarn, Tschechien und der Slowakei dazu, ergibt das insgesamt etwa 36,5 Mio. Men-

schen. Polen allein hat 38,7 Mio. Bürger – mehr also als die neun anderen Beitrittsländer zusammen.

Großes Land – große Probleme, dementsprechend groß sind auch die Emotionen, die der polnische EU-Beitritt weckt, begleitet von einer Menge von Fragen und Zweifeln, die sich im Vorfeld gerade dieses Ereignisses ergeben. Diese Publikation stellt den Versuch dar, den neuen EU-Partner Polen, seine Ziele, Absichten, Beweggründe, Ängste, Hoffnungen in Bezug auf die EU, auch seine Sichtweisen der Hoffnungen und Befürchtungen anderer, den deutschen Nachbarn ein wenig näher zu bringen.



Zeichnung Rafal Zawistowski, Zycie, 1997

2. EU-Osterweiterung – muss das denn sein?

Der Begriff „EU-Osterweiterung“ hat sich längst eingebürgert und wird wahrscheinlich, ob wir ihn mögen oder nicht, bis in alle Ewigkeit als griffige Kurzformel zur Beschreibung des EU-Beitritts der ehemals kommunistischen Länder dienen. Diese Bezeichnung erzeugt jedoch den Eindruck, dass es sich um einen Vorgang handelt, der vergleichbar sei mit den bisherigen EU-Erweiterungen um Großbritannien, Irland und Dänemark (1973), Griechenland (1981), Spanien und Portugal (1986), die ehemalige DDR (1990), Österreich, Finnland und Schweden (1995).

Die Bezeichnung „Erweiterung“ wird jedoch dem Ausmaß des Vorhabens nicht im entferntesten gerecht, denn hier geht es darum, dass 15 Länder Westeuropas mit mindestens acht, später mit 15 oder gar 20 mittel- und osteuropäischen Staaten eine Union bilden sollen. Am 1. Mai 2004 werden die ersten acht von ihnen (plus Malta und Zypern) der EU beitreten. Das ist keine Erweiterung mehr. Nein, hier haben wir es mit der Vereinigung Europas zu tun!

Nur so kann die Teilung des Kontinents, besiegelt im Februar 1945 von den drei Siegermächten So-

wjetunion, USA und Großbritannien in Jalta, dauerhaft überwunden werden. Nur so kann das bewährte EU-Prinzip des Ohne-Einander-Nicht-Könnens, um das Gegeneinander unmöglich zu machen, auf den Osten des Kontinents ausgedehnt werden. Nur so kann man erfolgreich fortfahren mit der langsamen Angleichung der Lebensstandards, mit der Sanierung der oft genug katastrophalen Hinterlassenschaft des Kommunismus, ob Ökologie, Industrie oder gar die vom kommunistischen Totalitarismus geprägte Lebensphilosophie vieler Menschen im Osten. Das ist notwendig, um große Fluchtbewegungen, gefährliche Konflikte und von Hoffnungslosigkeit begleitete Zerfallserscheinungen zu verhindern.

Es gibt jedoch noch einen zweiten Grund, der vor allem der Alt-EU wichtig sein müsste. Die europäische Integration wird manchmal mit dem Fahrrad fahren verglichen – das Rad kippt nur so lange nicht, wie man auf die Pedale tritt. Eine EU, die sich keinen neuen Herausforderungen stellt, ob Euro, ein EU-Verfassungsvertrag, Reform der gemeinsamen Agrarpolitik oder eben die Osterweiterung, ist dazu verurteilt, nur Besitzstandswahrung zu pflegen. Manche sprechen gar von einem „EU-

Inzest“, den die reichsten Staaten Europas in einem solchen Fall betreiben würden. Besitzstandswahrung würde bedeuten: eine immer größere Abschottung, kein Ansporn zu inneren Reformen, Stillstand und Zerfallserscheinungen, gepaart mit der um sich greifenden, lähmenden Überzeugung, „am Ende der Geschichte“ angekommen zu sein.

Die EU braucht neue Herausforderungen, um nicht sklerotisch zu werden.

3. Was hat denn Deutschland davon?

Man muss kein intimer Kenner der Bundesrepublik sein, um bei einem Deutschlandbesuch sehr schnell festzustellen, dass die Deutschen der EU-Osterweiterung (bleiben wir bei dem eingebürgerten Begriff) zu einem erheblichen Teil skeptisch, und nicht wenige gar ablehnend gegenüberstehen. Ergebnisse von Meinungsumfragen bestätigen das.

Gäbe es in Deutschland eine Volksbefragung zu diesem Thema, vielleicht sogar eine, bei der die Bürger auf einer Liste die Beitrittsländer, die sie in der EU sehen wollen, ankreuzen könnten, stünde wahrscheinlich gerade die künftige Mitgliedschaft Polens zumindest ernsthaft auf der Kippe.

Einem Außenstehenden fällt schnell auf, dass viele Menschen in Deutschland die EU-Aufnahme der östlichen Nachbarn als einen Gefallen, einen Dienst sehen, den der reiche Westen diesen Staaten erweist. Die politische Korrektheit und der gute Wille gebieten es, offiziell dafür zu sein, aber, das wird oft in die Debatte eingeworfen, kommt diese Erweiterung nicht doch zu schnell, wird sie die EU nicht schädigen, wird sie den eigenen Wohlstand, den sozialen Frieden, die innere Sicherheit in Deutschland nicht ernsthaft gefährden?

Diese Skepsis ist weit verbreitet und dennoch trägt die deutsche Politik die EU-Osterweiterung mit. Kein deutscher Politiker von Rang und Namen hat sich je dazu hinreißen lassen, in einem der vielen Wahlkämpfe der letzten Jahre mit diesem Thema auf Stimmenfang zu gehen, obwohl sich mit Warnungen oder gar mit einer Ablehnung der EU-Osterweiterung in Deutschland durchaus Stimmen gewinnen ließen.

Woher rührt dieser Widerspruch: die deutsche Politik unterstützt ein Vorhaben, das, laut Umfragen, in Deutschland nur bedingt, wenn überhaupt, mehrheitsfähig ist?

Die alte Bundesrepublik verdankte es vor allem ihrer EU-Mitgliedschaft, dass sie von Dänemark im Norden über Benelux und Frankreich im Westen bis nach Österreich im Süden sämtlich von Staaten umgeben war, in denen der Lebensstandard, das Preisniveau, die politischen und ökonomischen Verhältnisse den deutschen sehr ähnlich waren.

Es waren und sind demokratische, berechenbare, Deutschland wohlgesonnene Staaten. Die Nachbarschaft zu ihnen weist seit langem, trotz mancher tragischer historischer Erfahrung, keine Spannungen auf.

Wer von Deutschland aus den Grenzübergang nach Holland mit dem nach Polen vergleicht, spürt sofort und in jeder Hinsicht den Unterschied.

Nach der deutschen Vereinigung haben die deutsche Politik, Wirtschaft, die intellektuelle Elite des Landes die Verwandlung Deutschlands in ein EU-Binnenland als eines der wichtigsten Ziele der deutschen Außenpolitik ins Visier genommen.

Deutschland will künftig auch im Osten von einer Nachbarschaft profitieren, die der im Westen ähnelt. Es will seine Randlage an der Peripherie des Westens auf

Dauer loswerden, und die sich aus dieser Randlage ergebenden Probleme – Wohlstandsgefälle, Menschenschmuggel, Lkw-Staus, die aufwändige und teure Grenzüberwachung. Deutschland möchte sie um einige Hundert Kilometer in Richtung Osten von sich schieben, was man als ein durchaus legitimes Ziel der deutschen Politik sehen sollte.

Die neuen Problem-Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen werden sich von EU-Randgebieten in EU-Binnenregionen verwandeln, mit allen sich daraus auf mittlere und lange Sicht ergebenden günstigen Folgen. Die zu erwartende Modernisierung der veralteten Infrastruktur der neuen EU-Länder im Osten wird überwiegend unter Inanspruchnahme von EU-weiten Ausschreibungen durchgeführt werden.

Es gilt in den nächsten Jahrzehnten, Tausende von Kilometern neuer Straßen zu bauen, Kläranlagen und Kanalisationen zu sanieren, Eisenbahnen zu modernisieren, eine fachkundige Beratung von enormem Umfang bei all diesen Projekten zu gewährleisten usw., usf. Unzählige deutsche Firmen werden an diesen Projekten mitarbeiten und so die den neuen EU-Mitgliedern von der Alt-EU zur Verfügung gestellten Modernisierungsfonds mit abschöpfen.

Es ist gerade Deutschland, das mittel- und langfristig zu den größten Nutznießern der EU-Osterweiterung zählen wird, auch wenn manche Deutsche es nicht so sehen. Die deutsche Politik hat diesen Nutzen vor Augen, wenn sie das Vorhaben unterstützt. Es ist zu umfangreich, zu kompliziert, innenpolitisch zu umstritten, zu teuer, zu anstrengend, als das man es nur mit dem Willen rechtfertigen könnte, den Nachbarländern im Osten einen Gefallen zu erweisen oder etwa den aus der Geschichte resultierenden moralischen Verpflichtungen gerecht zu werden.

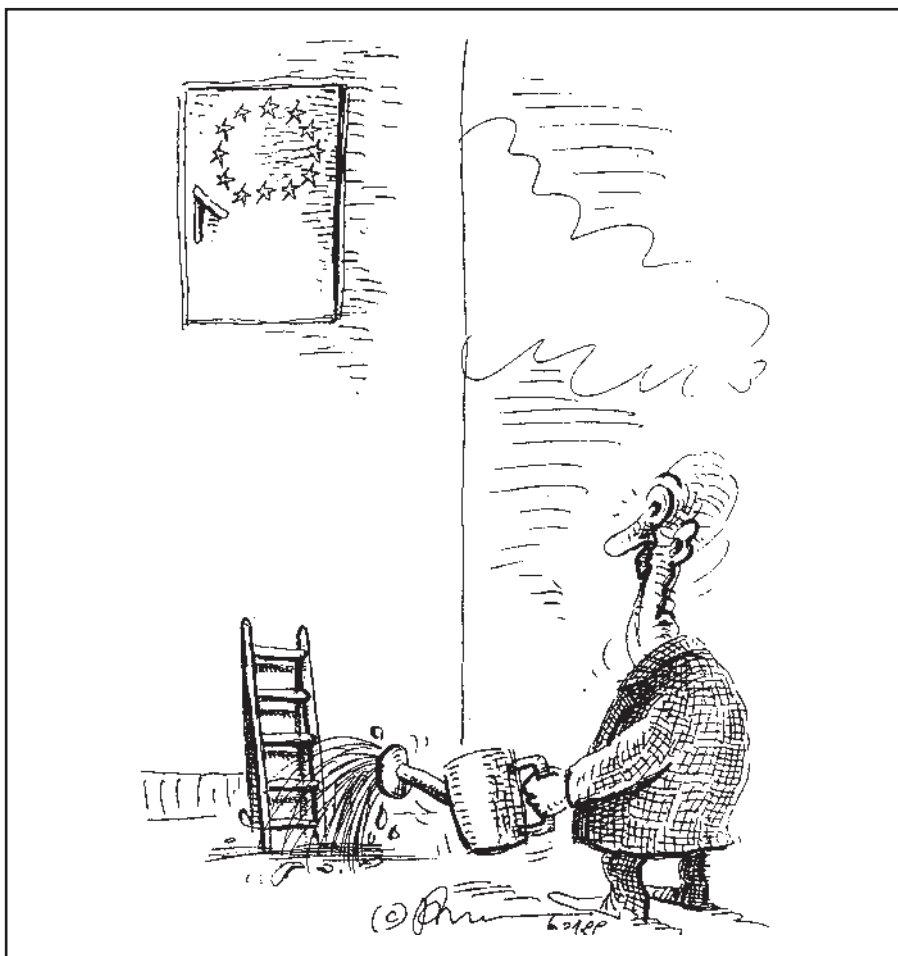
4. Warum will Polen in die EU?

An deutschen Stammtischen mag diese Frage schnell beantwortet sein: die wollen uns ans Geld. Doch wer so argumentiert, verkennt die Situation, denn es gibt vielerlei Gründe, die aus polnischer Sicht für einen EU-Beitritt sprechen.

Der erste Grund. Die Lage Polens ist durchaus mit der Situation Spaniens, Portugals oder Griechenlands Ende der 70er Jahre vergleichbar. Nach dem Ende der Diktaturen dort haben sich die demokratischen Politiker dieser Länder für einen raschen EU-Beitritt ausgesprochen, weil sie verhindern wollten, dass ihre Staaten auf Dauer am Rande Europas vor sich hindämmern. „Am Rande Europas“ das war nicht geographisch gemeint. Es ging darum, diese Länder in den Hauptstrom der europäischen Politik, in die Familie der demokratischen Staaten Europas zu integrieren.

Wer zum Beispiel Portugal noch Anfang der 80er Jahre besucht hat, der kann sich vorstellen, wie das Land heute ohne den EU-Beitritt aussähe. Ein bedeutungsloses, armes Ferienparadies, weit, weit hinter den Pyrenäen gelegen, dessen Bürger des ständigen Ankämpfens gegen die Rückständigkeit ihrer Heimat müde, wahrscheinlich zu einem beachtlichen Teil, wie in den 60er und 70er Jahren, ihr Glück in den reichen Ländern des Kontinents suchen würden. Einem solchen Schicksal möchte auch Polen nach dem Ende des Kommunismus entgehen.

Der zweite Grund. Die Aussicht auf den EU-Beitritt diszipliniert ungemein, zwingt dazu, die Demokratie zu pflegen, eventuelle Konflikte mit Nachbarn beizulegen, Minderheitenrechte zu wahren. Man kann reinen Gewissens sagen, dass das Streben in die EU die heutigen ostmitteleuropäischen Staaten und ihre Bewohner von vorn herein davon abgehalten hat, den jugoslawischen Weg zu



Zeichnung Dariusz Pietrzak, Rzeczpospolita, 1999

gehen. Allein die Existenz einer alles in allem erfolgreichen, erstrebenswerten EU in unmittelbarer Nachbarschaft hat erheblich dazu beigetragen, dass der Übergang vom Kommunismus zur Demokratie in Ostmitteleuropa erstaunlich friedlich verlief. Es gab eben die EU als eine Vision, die die Völker und die politischen Führungen vor mancherlei Versuchung bewahrte, den Pfad der Vernunft zu verlassen.

Der dritte Grund. Der Übergang vom Kommunismus zur Marktwirtschaft wird von enormen Veränderungen, Spannungen, sozialen Härten begleitet. Menschen, die, wie im Falle Polens, durch Krieg und Kommunismus riesige Entbehnungen haben hinnehmen müssen, merken nach einem kurzen Freiheitstaumel sehr schnell, dass nicht der erhoffte Wohlstand ausbricht, sondern dass das Ende des Kommunismus den Beginn enormer Probleme markiert.

Der bevorstehende EU-Beitritt gibt diesen unumgänglichen Entbehnungen und schmerzhaften Umstellungen einen Sinn, was für die Stabilität des Landes von ungeheurer Bedeutung ist.

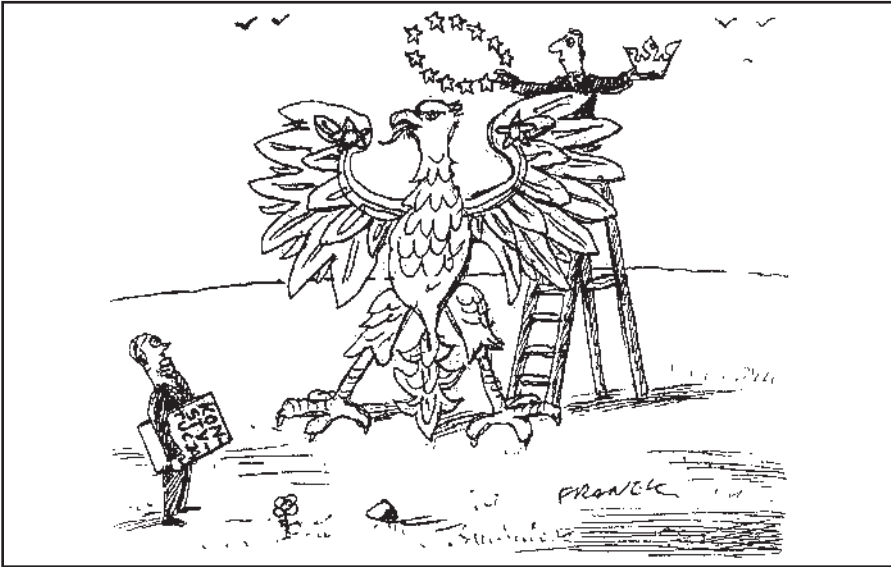
Der vierte Grund. Sowohl ein bevorstehender wie auch der vollzogene EU-Beitritt entziehen viele schwierige Entscheidungen, viele notwendige, doch schmerzhaft Maßnahmen weitgehend dem Zugriff und der Auseinandersetzung in der polnischen Innenpolitik. Vieles muss getan werden, weil es zum EU-Standard gehört. Das beschleunigt die Modernisierung, zwingt zum Handeln. Gleichzeitig werden diese Maßnahmen durch Gelder unterstützt, die manche soziale Härten abzufedern helfen. Ohne den EU-Beitritt bleibt Polen allein mit seinen Problemen, die es ja sowieso hat und die so oder so gelöst werden müssen.

5. Gestern Moskau, morgen Brüssel – adieu polnische Souveränität?

Die Frage der Unabhängigkeit, der staatlichen Souveränität hat eine große Bedeutung in einem Land wie Polen, das 123 Jahre lang (von 1795 bis 1918) dreigeteilt war und nach nicht ganz 21 Jahren Unabhängigkeit (zwischen 1918 und 1939) wieder für 50 Jahre (bis 1989) seine Freiheit verlor. Die Polen haben in den großen, nationalen Aufständen von 1794, 1830, 1861, 1918–22 (in Großpolen und drei Mal in Oberschlesien), 1944 (in Warschau) und auf Grund der deutschen und sowjetischen Ausrottungspolitik im Zweiten Weltkrieg, einen geradezu unvorstellbar hohen Blutzoll für ihre Freiheit entrichtet. Unabhängigkeit und staatliche Souveränität sind in Polen sehr kostbare Güter. Sollen sie nun, wie die polnischen EU-Gegner behaupten, „auf dem Götzenaltar der europäischen Integration geopfert werden“?

Nach 1989 sah es eine gewisse Zeit lang so aus, als würden sich die beiden Teile Europas in zwei entgegengesetzte Richtungen entwickeln. Während die Staaten Westeuropas zunehmend auf Integration setzten und immer mehr Souveränitätsrechte an die EU abgaben, waren die Völker Osteuropas damit beschäftigt, „die Kleinstaaterei“, wie man es manchmal im Westen zu sagen pflegte, aufleben zu lassen. Alle drei föderativen kommunistischen Staaten – die Tschechoslowakei, Jugoslawien und die Sowjetunion zerfielen, die verhältnismäßig einfach strukturierte Landkarte des kommunistischen Osteuropas verwandelte sich um 1990 in einen Flickenteppich, zusammengesetzt aus vielen gerade entstandenen, überwiegend kleinen Ländern mit eigenen Flaggen, Währungen, Briefmarken, Reisepässen, Armeen usw.

Dieser Drang zur Wiedererlangung staatlicher Souveränität war nach den Jahrzehnten der Unfreiheit etwas sehr Natürliches und stand, so



Zeichnung Jacek Frankowski, Rzeczpospolita, 2001

paradox das auch klingen mag, in keinem Widerspruch zum Willen, an der europäischen Integration teilzunehmen. Um an die EU Souveränität abzugeben, muss man sie erst einmal überhaupt besitzen. Jetzt sind diese jungen Demokratien dabei, auf Teile ihrer Souveränität freiwillig zu Gunsten der EU zu verzichten, was in Volksbefragungen und durch frei gewählte Parlamente beglaubigt wird.

Was jedoch stärkt die Unabhängigkeit, zum Beispiel Polens, mehr: ein Beitritt oder ein Nichtbeitritt zur EU? Wenn man bedenkt, dass heute 75 Prozent des polnischen Außenhandels auf die EU entfallen, dass Polen eine knapp 500 km lange Grenze mit der EU verbindet, dann sieht man auch die hohe Abhängigkeit von der EU, in der sich ein Land wie Polen schon heute befindet. Die EU fällt viele große und kleine Entscheidungen, von denen nicht wenige im Guten wie im Schlechten auch Polen berühren. Ob neue Veterinärbestimmungen, zeitweilige Einfuhrbeschränkungen für Erdbeeren oder Fluglärmimits – das EU-Nachbarland Polen kann sie nur zur Kenntnis nehmen, mitgestalten kann es sie nicht. Es wird zum Gegenstand der EU-Politik – darf einzig auf die aus Brüssel kommenden Impulse reagieren, in Brüssel in eigener Sache agieren kann es nicht. Nur am gemeinsamen EU-Tisch sitzend kann man die

eigenen Belange mitbestimmen, eigene Interessen wahrnehmen.

Doch es gibt noch einen zweiten wichtigen Gesichtspunkt. Einerseits gibt der polnische Staat einen Teil seiner Souveränität nach Brüssel ab. Andererseits jedoch gewinnt das Land sehr viel Souveränität dazu, denn nun entscheidet Polen z. B. durch sein Abstimmungsverhalten über deutsche, irische oder portugiesische Belange, mit denen es als ein Nicht-EU-Land nie in Berührung kam. Der Verlust von Teilen nationaler Souveränität wird also durch einen enormen Zugewinn an europäischer Souveränität ersetzt.

Und noch eins: Wenn sogar ein solch kleiner Staat wie Luxemburg durchaus in der Lage ist, seine Interessen in der EU durchzusetzen, warum eigentlich sollten die viel zahlreicheren Polen es den Luxemburgern nicht gleichtun?

6. Befürworter, Gegner, Gleichgültige – wie die Polen zur EU stehen

Die große EU-Begeisterung vom Anfang der 90er Jahre, als bis zu 90 Prozent der Bürger den Beitritt befürworteten, ist längst vorbei. Je konkreter die Verhandlungen wurden, umso größer war die Ernüchterung.

Als man im Osten Europas die EU nur aus der Ferne betrachten konnte und an den Beitritt Polens nicht zu denken war, überwog im Osten die Überzeugung, die EU sei vor allem eine spendable Modernisierungs- und Sanierungsagentur. Mehr als ein Jahrzehnt dauert inzwischen die Annäherung an die EU, doch an die Bräuche des Warschauer Paktes und des Comecon gewöhnt, wo einmal, zumeist in Moskau, gefasste Beschlüsse nie in Frage gestellt wurden, haben viele Menschen aus dem ehemaligen kommunistischen Machtbereich auch heute noch Mühe zu verstehen, „wie der Hase in der EU läuft“. Ihnen kommt die EU oft vor wie ein bunter arabischer Basar, auf dem lauthals und unerbittlich gefeilscht wird, wo man sich, je nach Interessenlage, gegenseitig beschimpft oder auf die Schultern klopft, oft auch „endgültig“ weggeht, um dann doch gleich wiederzukommen und das Geschäft zu besiegeln. Hier gilt das gesagte Politikerwort nicht viel, Bündnisse wechseln innerhalb der EU je nach Bedarf, Kompromisse gelingen meistens nur dann, wenn der allerkleinste gemeinsame Nenner gefunden ist.

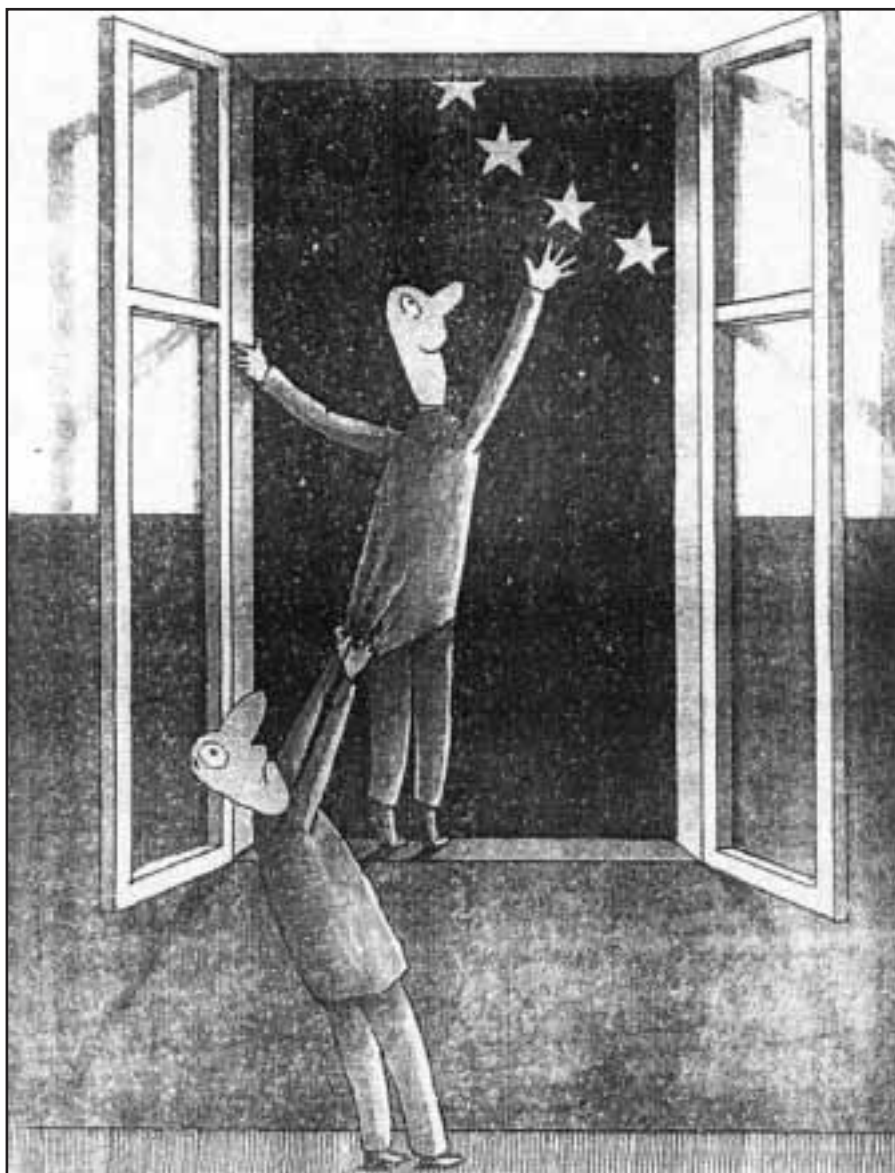
Aus all dem schlau zu werden, fällt nicht leicht, aber der Basar blüht, und offenbar lohnt es sich hier, einen eigenen Stand zu haben. Erging es jemals einem Staat nach dem EU-Beitritt schlechter als zuvor? Diese Frage ist zugleich eines der wichtigsten Argumente der EU-Befürworter in Debatten mit hartnäckigen EU-Gegnern in Polen.

Meinungsumfragen brachten seit Jahren beständige Ergebnisse. Die Zahl der EU-Befürworter schwankte zwischen 60 und 70 Prozent, die Zahl der Gegner überstieg nie die 25-Prozent-Marke, unentschieden waren etwa 10 bis 20 Prozent der Bürger.

Dieses aus der Sicht der EU-Befürworter durchaus zuversichtliche Bild wurde jedoch vor dem in Polen für den 7. und 8. Juni 2003 an-

gesetzten EU-Referendum ernsthaft durch einen Umstand getrübt: die Beteiligung. Die Neigung, an Volksbefragungen, Kommunal-, Parlaments- oder Staatspräsidentenwahlen teilzunehmen, ist seit 1989 eher schwach ausgeprägt, zumeist gehen um die 50 Prozent der Berechtigten zu den Urnen. Politikverdrossenheit, Protestverhalten, Trotzhaltungen, Desinteresse an der Politik, soziale Unbeholfenheit sind die von polnischen Soziologen immer wieder festgestellten Gründe für die verhältnismäßig hohe Wahlabstinz.

Leider gibt es in den ehemals kommunistischen Ländern, die gewesene DDR mit eingeschlossen, auch eine durchaus ausgeprägte Neigung, bei Umfragen Antworten anzugeben, von denen man meint, sie seien politisch korrekt (die Teilnahme am Referendum fiel eindeutig in diese Kategorie) und anschließend das Entgegengesetzte zu tun (in diesem Fall zu Hause zu bleiben). Der Abstimmungsverlauf bestätigte diese Erscheinung aufs Neue. Vor dem EU-Referendum gaben zwar 75 Prozent der erwachsenen Einwohner Polens an, „ganz sicher“ an der Abstimmung teilnehmen zu wollen, am Ende waren es dann knapp 58 Prozent.



Zeichnung Marek Raczkowski, Zycie, 1999

Aus diesem Grund verwandelte sich die Volksbefragung in eine Zitterpartie. Die polnische Verfassung von 1997 nämlich erkennt ein Referendumsergebnis als bindend an, wenn die Beteiligung bei mehr als 50 Prozent liegt, anderenfalls wird eine zweite Volksbefragung veranstaltet oder es entscheidet gleich das Parlament.

Es war vorstellbar, dass bei der zu erwartenden regen Beteiligung der EU-Gegner und einer niedrigen Gesamtteilnahme am Referendum, am Ende ein verfassungsrechtlich nicht bindendes Nein zur EU herauskommen könne, das durch das Parlament, in dem die EU-Befürworter in der Mehrzahl sind, in ein Ja verwandelt werden würde. Es wäre ein Beitritt „zwei-

ter Klasse“, legal zwar, aber politisch sehr brisant, weil die EU-Gegner ganz sicher jahrelang noch den destruktiven Mythos schüren würden, der Beitritt sei „über den Köpfen der Nation“ vollzogen worden. So weit ist es nicht gekommen. Bei einer knapp achtundfünfzigprozentigen Beteiligung sprachen sich etwa 77 Prozent für den Beitritt aus.

Analysen nach dem Referendum haben sehr geholfen, die polnischen EU-Gegner als Gruppe zu porträtieren. In allen Altersgruppen ab 18 Jahren beträgt ihr Anteil knapp 20 Prozent, d. h., das Alter spielt bei der Einstellung zur EU keine Rolle, was die oft geäußerte These widerlegt: je äl-

ter die Bürger, umso größer die Präsenz von EU-Gegnern unter ihnen. Auch der Wohnort und die Bildung haben in dieser Frage, wie sich herausstellte, keine sehr gravierende Bedeutung. Während der Anteil von EU-Gegnern in den Großstädten mit über zweihunderttausend Einwohnern bei knapp 14 Prozent lag, betrug er auf dem Lande 26 Prozent. Von den Bürgern mit Hauptschulabschluss waren 25 Prozent gegen die EU, unter den Hochschulabsolventen jeglichen Alters waren 12 Prozent dagegen. Die meisten polnischen EU-Gegner wohnen im östlichen Landesteil (die Gebiete um Bialystok, Lublin, Rzeszow), aber auch dort hat der Anteil der Nein-Stimmen, bis auf sechs Landkreise, nirgend-

wo die Dreißigprozentmarke überstiegen.

Von den im Augenblick im polnischen Parlament, dem Sejm, sechs vertretenen Parteien, hat, laut einer Umfrage vom Januar 2003, nur eine, die katholisch-nationalkonservative Liga der Polnischen Familien (LPR) eine überwiegend (zu 55 Prozent) EU-feindliche Wählerschaft. Sogar die Wähler der populistischen Selbstverteidigung (Samobrona) des rabiatischen Bauernführers Andrzej Lepper sind mehrheitlich (57 Prozent) für den EU-Beitritt.

7. Sternkreis und Madonna – wie passt das zusammen? Polens Katholische Kirche und die EU

Kein Thema, bezogen auf den polnischen EU-Beitritt, ruft mehr Missverständnisse, Befürchtungen und Spekulationen hervor als die Haltung der Katholischen Kirche Polens in dieser Frage. Zwei widersprüchliche Behauptungen werden in diesem Zusammenhang am häufigsten wiederholt.

Erste Behauptung: Durch den Beitritt des demonstrativ katholischen Polen droht der EU eine unvermeidliche Ideologisierung der politischen Debatte durch katholische Eiferer. Es entsteht ein „katholischer Block“ aus Irland, Polen, Malta, Spanien und Italien, der versucht wird „das Rad des Fortschritts“ in Bezug auf die fortschreitende Verweltlichung des Lebens, auf die Freiheit der Abtreibung, der Gentechnologie und der Euthanasie zurückzudrehen.

Zweite Behauptung: Die EU-Integration Polens wird eine unweigerliche Verweltlichung des Landes zur Folge haben, an deren Ende die heute überfüllten polnischen Kirchen genauso leer sein werden wie in Deutschland an Sonntagen.

Beide Pauschalurteile gehen an der Wirklichkeit vorbei. Einerseits verdeutlicht das Beispiel Irlands,

dass ein EU-Beitritt keineswegs zur Säkularisierung führen muss. Immerhin ist dort, trotz inzwischen dreißigjähriger EU-Mitgliedschaft, der sonntägliche Kirchenbesuch noch mehr verbreitet als in Polen. Andererseits setzten sich gerade die meisten polnischen Bischöfe und Kardinäle am beharrlichsten für den EU-Beitritt ein.

Einen wahren Durchbruch in dieser Hinsicht war der Besuch einer großen Abordnung der polnischen Bischofskonferenz in Brüssel am 4. November 1997. Sofort nach der Rückkehr beriefen die Bischöfe eine Pressekonferenz ein, in der sie sich klar für den Beitritt aussprachen und sich begeistert zeigten davon, wie sehr sich die EU-Institutionen von den Grundsätzen der Solidarität, der Subsidiarität, der Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung nationaler Besonderheiten leiten lassen.

Die EU, so war den Aussagen der Bischöfe zu entnehmen, sei nicht schuld an den Auswüchsen der Moderne, vor allem der Massenkultur, die in Polen angekommen sind, längst bevor die Beitrittsverhandlungen begannen. Schließlich betreibe die EU weder Hollywood oder McDonalds, noch die Reeperbahn in Hamburg.

Dem Besuch in Brüssel vorausgegangen war am 5. April 1997 ein in der konservativen Tageszeitung „Zycie“ erschienener und vielbeachteter Artikel „Die Kirche für Europa“ des damaligen Sekretärs des polnischen Episkopats, Bischof Tadeusz Pieronek. Pieroneks Beitrag enthält fünf Thesen, welche die offizielle Position des polnischen Episkopats in der Frage des EU-Beitritts umschreiben.

These 1: Polen liegt mitten in Europa und kann nicht außerhalb einer europäischen Struktur bleiben, die der aussichtsreichste Garant für die ökonomische Entwicklung und internationale Sicherheit Polens ist. Polens natürlicher Standort ist inmitten der Europäischen Gemeinschaft.

These 2: Nach Jahrhunderten der nationalen Unterdrückung und den grausamen Verfolgungen durch Nazis und Kommunisten, muss Polens einst „schweigende“, im Widerstand gegen Totalitarismus erfahrene katholische Kirche, ihren Standort in einer gerade entstehenden pluralistischen polnischen Gesellschaft neu bestimmen. Sie kann dabei aus dem Erfahrungsschatz der katholischen Kirchen Westeuropas schöpfen, die es seit langem mit Verweltlichung, Konsumrausch, Materialismus zu tun haben.

These 3: Die polnische Kirche möchte den europäischen Strukturen beitreten, so wie sie ist und mit den Errungenschaften, die sie hat. Europa muss die Kirche in Polen so akzeptieren, wie sie ist, weil die Kirche nicht beabsichtigt, ihre Identität auf dem europäischen Altar zu opfern. Europa sollte nämlich eine Gemeinschaft sein, deren Reichhaltigkeit durch die Vielfalt der sie bildenden Väterländer zum Ausdruck kommt.

These 4: Dass die Kirche Europa auf dem Weg zur Einigung begleitet, ist etwas völlig Normales. Die EU darf nicht ausschließlich den Politikern, den Unternehmern und den Touristen überlassen werden. Schließlich bildet Europa dank des Christentums seit Jahrhunderten ein kulturelles Ganzes.

These 5: Die Einstellung der Kirche in Polen zur europäischen Intergration wird entschieden mitgeprägt durch die eindeutige Pro-EU-Position des Vatikans; so weit Bischof Pieronek.

Gerade die letzte These spricht eine Erscheinung an, die im papsttreuen Polen eine wichtige Rolle spielt: Johannes Paul II. ist ein großer Befürworter der europäischen Einigung und hat sich in diesem Geiste viele Male geäußert. So z. B. am 22. März 1997 zu einer österreichischen Parlamentarierabordnung in Rom: „Die Kirche darf niemals für antieuropäische Demagogie, zum Aufheizen anti-

europäischer Stimmungen missbraucht werden. Es gibt keine Alternative zum vereinigten Europa.“

Gut zwei Wochen vor dem EU-Referendum in Polen nahm Johannes Paul II. in Rom vor etwa zwanzigtausend polnischen Pilgern eindeutig Stellung für die europäische Integration: „Es gibt viele Gegner der Integration. Ich weiß ihre Sorge um die Erhaltung der kulturellen und religiösen Identität unseres Volkes zu schätzen. Ich teile ihre Beunruhigung angesichts des ökonomischen Kräfteverhältnisses, in dem Polen, nach Jahren des vom alten System betriebenen Raubbaus, als ein Land großer Chancen und geringer Möglichkeiten erscheint. Ich muss jedoch noch einmal unterstreichen, dass Polen stets ein wichtiger Bestandteil Europas war und sich heute aus dieser Gemeinschaft nicht ausschließen kann. Einer Ge-

meinschaft, die zwar auf verschiedenen Ebenen Krisen durchlebt, gleichzeitig jedoch eine Völkerfamilie ist, welche der gemeinsamen christlichen Tradition entstammt. Der Beitritt zu den Strukturen der Europäischen Union, gleichberechtigt mit anderen Staaten, ist für unser Volk und die slawischen Brudervölker ein Ausdruck historischer Gerechtigkeit und kann eine Bereicherung für Europa sein. Europa braucht Polen! Polen braucht Europa!“

Mit dieser Haltung hat die Katholische Kirche in Polen den EU-Gegnern, die sich vor allem aus den nationalkonservativen bzw. katholisch-konservativen Kreisen der Gesellschaft rekrutierten, praktisch den Wind aus den Segeln genommen. Die Aussagen des Papstes und der Bischöfe in der EU-Frage waren für die polnischen Katholiken richtungsweisend, hatten jedoch, anders als in Fragen der

Moral und der Theologie, keinerlei Bindungswirkung. Es wäre naiv zu erwarten, dass die polnische Kirche, als eine Gemeinschaft von gut fünfzigtausend Klerikalen und vielen Millionen von Laien, gerade in der EU-Frage wie ein einheitlicher Block auftreten wird. Teile des Klerus und ein nicht kleiner Teil der Laien standen der EU skeptisch bis feindlich gegenüber. Auf den Papst und auf die Autorität der Kirche berufen konnten sie sich jedoch nicht. Ihr Sprachrohr war der Sender des in Torun/Thorn ansässigen Redemptoristenordens Radio Maryja, dem der bekannte Pater Tadeusz Rydzyski vorsteht.

Ein EU-Beitritt gegen den entschiedenen Widerstand der gesamten Kirche wäre in Polen unmöglich. Um die zum Teil irrationalen, aber durchaus realen Ängste der polnischen katholischen Öffentlichkeit vor der EU zu bändigen, ließ die polnische Regierung, ähnlich wie es schon zuvor die Regierungen Irlands und Maltas getan haben, in einer einseitigen Erklärung verlauten, Polen werde sich in keiner Weise gebunden fühlen an etwaige künftige EU-Regelungen in der Abtreibungsfrage und andere juristische Maßnahmen, welche die menschliche Existenz unmittelbar berühren (Euthanasie, Gentechnik). Polen behalte sich vor, diese Angelegenheiten auf nationaler Ebene zu regeln.

Das war notwendig, weil viele katholische Kreise in Polen immer wieder mit großer Sorge auf einen Umstand hinwiesen, der in ihren Augen eindeutig gegen die EU sprach. In den 50er und 60er Jahren, so ihre These, betrachtete die westeuropäische Linke die damalige EG mit großem Misstrauen, sah in ihr einen weiteren Beweis für die grenzüberschreitende Macht des Monopolkapitals, das nach mehr Profit und noch mehr Machtkonzentration in der westlichen Welt strebe. Seit den 70er Jahren, so die These der katholischen EU-Skeptiker, verwarfen die linksliberalen Kreise Westeuropas



Montage Krzysztof Kowalski, Tygodnik Powszechny, 2002

nach und nach diese weltfremde Einschätzung und nutzten die EU-Institutionen zunehmend, um ihre Vorstellungen in Fragen Moral, Ehe, Familie, Schutz des ungeborenen Lebens durchzusetzen und als „fortschrittlich“ und „europäisch“ darzustellen. Im Juli 2002 z. B. verabschiedete das Europäische Parlament auf Initiative der belgischen Sozialistin Anne van Lancker eine (juristisch nicht bindende) sehr weit gehende Entscheidung über die Zulässigkeit von Abtreibungen. Und was wird sein, so die oft gestellte Frage, wenn die holländischen, belgischen oder schwedischen Regelungen in Sachen Abtreibung, Euthanasie, Adoption von Kindern durch homosexuelle Paare plötzlich Eingang ins EU-Recht finden? Es galt diese weit verbreiteten und von entschiedenen EU-Gegnern in Polen geschürten Befürchtungen zu entkräften, auch wenn die EU bisher keine Möglichkeit hat, Regelungen in gerade diesen Angelegenheiten den Mitgliedsländern aufzudrängen. Darum der offizielle polnische Vorbehalt.

In Deutschland weitgehend un bemerkt, verfolgte die polnische Öffentlichkeit kurz vor und unmittelbar nach dem EU-Referendum am 7. und 8. Juni 2003 mit großem Engagement die Auseinandersetzung um den Gottesbezug in der Präambel des EU-Verfassungsvertrages. Am Entwurf dieses Dokuments haben in Brüssel, im europäischen Verfassungskonvent, 105 Vertreter von 30 Alt- und Neu-EU-Ländern zwischen Februar 2002 und Juni 2003 gearbeitet. Die gesamte polnische Delegation (darunter auch die Sozialdemokraten) schloss sich den Christdemokraten und Konservativen im Europaparlament an. Sie versuchten, sich der Mehrheit unter Führung des Konventvorsitzenden und französischen Alt-Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing zu widersetzen, die auf keinen Fall einen Bezug zum Christentum in der künftigen EU-Verfassung zulassen wollte.

Zwei Argumente für eine invocatio Dei in der EU-Verfassung wurden in Polen immer wieder erwähnt.

Zum Ersten: Christliche Werte seien die Grundlage der kulturellen Identität Europas, ohne das Christentum gäbe es das heutige Europa nicht.

Zum Zweiten: die Erfahrung gerade des 20. Jahrhunderts lehrt, dass dem Verstand und der Rationalität des menschlichen Handelns Grenzen gesetzt sind. Menschen sind nicht in der Lage, ein Paradies auf Erden zu schaffen. Immer wenn sie es bewusst zu errichten versuchen, entsteht daraus eine Hölle. Gerade die Erfahrung des Kommunismus sollte ein warnendes Beispiel dafür sein. Der Gottesbezug ist also nicht als ein Glaubensbekenntnis zu verstehen, das sich zudem womöglich gegen andere Religionen wendet, sondern als ein Hinweis darauf, dass der Mensch nicht allmächtig ist und dass es Dinge und Erscheinungen gibt, die ihm nicht obliegen.

Dass diese Angelegenheit den Polen wichtig war, kann man am Ergebnis einer repräsentativen Umfrage vom Juni 2003 ablesen: 60 Prozent der polnischen Bevölkerung sprach sich für den Gottesbezug in der europäischen Verfassung aus, 27 Prozent waren dagegen, 13 Prozent hatten keine Meinung. Als Kompromiss schlugen die polnischen Vetrter vor, eine Formel in die EU-Verfassung einzuschreiben, die der geltenden polnischen Verfassung von 1997 entnommen war: „Die Werte der Europäischen Union umfassen die Wertvorstellungen derjenigen, die an Gott als die Quelle der Wahrheit, Gerechtigkeit, des Guten und Schönen glauben, als auch derjenigen, die diesen Glauben nicht teilen, sondern diese universellen Werte aus anderer Quelle ableiten.“ Dieser Vorschlag wurde von der Mehrheit des Konvents abgelehnt, über das Problem selbst soll im Herbst 2003 die Ministerpräsidentenkonferenz der Alt-und Neu-

EU-Staaten entscheiden.

Ist das rege Interesse der polnischen katholischen Öffentlichkeit an der Wertediskussion, an Debatten über grundlegende, weltanschauliche Probleme, die in Westeuropa teilweise als „längst abgehakt“ gelten, ist ihre Skepsis gegenüber der Moderne ein Ausruck „religiösen Eiferertums“? Oder handelt es sich um eine Bereicherung, einen Anstoß zu mehr Nachdenklichkeit in einem zunehmend von Sofortismus und Machbarkeitskult geprägten Europa? Man darf sich die Antwort aussuchen.

8. Stallknechte und Putzfrauen bei den Deutschen – Polens Westgebiete Heim ins Reich?

Ein wichtiger, in Deutschland oft übersehener oder unterschätzter Wesenszug der polnischen Wahrnehmung von Zukunft und Gegenwart ist der historische Bezug aller wichtigen nationalen Debatten.

Anders ausgedrückt: wenn sich die Polen über das Hier und Jetzt untereinander streiten, dann begehen sie sich schnell und gerne in die Geschichte auf der Suche nach Argumenten, stellen Vergleiche an mit Ereignissen aus der Vergangenheit.

So entstehen Wegweiser, die helfen sollen, die Klippen der Gegenwart zu umgehen.

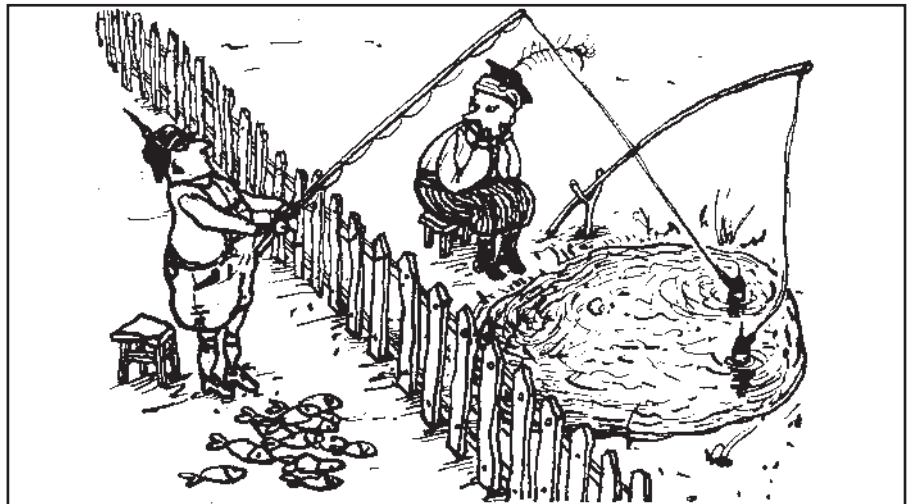
Das kann sehr aufbauend sein, wie im Falle der Solidarność-Bewegung. Ihre grundsätzliche Gewaltlosigkeit im Widerstand gegen den Kommunismus war eine Folge der Überlegung, dass die ungeheuren Opfer, die Polen während der großen nationalen Aufstände von 1792, 1830, 1863 und 1944 erbracht hat, diesmal vermieden werden müssen.

Der Hang zur Historisierung kann aber auch der Suche nach guten Lösungen zuwiderlaufen.

Einen großen Einfluss auf die polnische EU-Debatte, vor allem am Anfang, hatten Abwehrhaltungen. Ihre Quellen waren zu suchen im defensiven Nationalismus des 18. und 19. Jahrhunderts, als Polen seinen mächtigen Nachbarn Russland, Preußen und Österreich ausgeliefert war und schließlich, nach drei Teilungen, für 123 Jahre (bis 1918) von der Europakarte verschwand. Praktisch sah das nach 1989 so aus, dass Bedrohungen aus der Vergangenheit in die Gegenwart übertragen wurden. Hier war die Angst beheimatet, ein großzügiges Bodenrecht müsse zum „Ausverkauf“ polnischen Bodens oder gar zur „Wiedereindeutschung“ Schlesiens, Pommerns und des ehemaligen Ostpreußen führen. Hier spielte vor allem die Erinnerung an die deutsche Siedlungskommission eine wesentliche Rolle. Von der Regierung in Berlin mit einem Ansiedlungsgesetz samt einer Enteignungsklausel und viel Geld ausgestattet, übernahm diese Kommission im Rahmen einer breit angelegten Germanisierungsaktion, bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges polnischen Grundbesitz in den preußischen „Ostmarken“ und gab das Land an deutsche Siedler weiter.

Verstärkt wurde diese Angst dadurch, dass die polnischen Bewohner der ehemaligen deutschen Ostgebiete über keine im Grundbuch eingetragenen Eigentumstitel verfügten. Viele von ihnen haben in den ehemaligen polnischen Ostgebieten, die die Sowjetunion nach 1945 einbehalten hat, unbeschränktes Eigentum aufgeben müssen. Zum Ausgleich bekamen sie 99jährige Pachtverträge vom polnischen kommunistischen Staat, der das gesamte deutsche Eigentum nationalisiert hat und aus ideologischen Gründen den Privatbesitz nicht fördern wollte.

Nach polnischem Recht fällt das Eigentum nach 99 Jahren auf den Eigentümer (also den Staat) mitsamt der auf dem Grundstück errichteten Immobilien zurück. Nach Polens EU-Beitritt, so die von polnischen



Zeichnung Rafal Zawistowski, Zycie, 2000

EU-Gegnern nach Kräften genährte und Mitte der 90er Jahre weit verbreitete Befürchtung, würden die deutschen Eigentümer zurückkommen. Mit ihren alten, in der Vorkriegszeit bei deutschen Gerichten vorgenommenen Grundbucheintragen würden sie vor dem Europäischen Gerichtshof auf Rückgabe klagen und – weil Polen ja EU-Recht übernommen haben würde – Recht bekommen. Schließlich seien ihre Grundbuchtitel höherwertiger als die polnischen Pachtverträge. Gefördert wurde die Panik zu dem durch kleine, rechtsradikale Vertriebenenzirkel, die entsprechende „Eigentumsvorbehalte“ und „Warnbriefe“ an polnische Eigentümer und Ämter in den ehemaligen deutschen Ostgebieten verschickten. Im Eilverfahren änderte das Parlament 1998 das Pachtrecht. Vor den Gemeinde- und Grundbuchämtern, die die Umwandlung in verbriefte Eigentumstitel vorzunehmen haben, bildeten sich lange Schlangen. Dass das EU-Recht nicht rückwirkend angewandt werden kann und sich nicht zur Lösung von historisch bedingten deutsch-polnischen Problemen eignet, wurde während der langen öffentlichen Debatte in Polen oft genug wiederholt, aber die zwar irrationalen, doch sehr realen Ängste waren einfach stärker.

Auch Immobilienerwerb durch Ausländer ist für viele Polen ein brisantes Thema. Weil selbst in at-

traktiven Gegenden die Grundstückspreise, verglichen mit den westeuropäischen, niedrig sind, wurden Landspekulationen im großen Stil befürchtet. EU-Gegner beschworen die Gefahr einer schleichenden Re-Germanisierung der schönsten Teile Pommerns und Masurens. Gehässig sprach der Volksmund davon, dass die dortigen polnischen Bewohner bald nur noch Bürger zweiter Klasse sein werden, die sich ihr Brot als Stallknechte, Gärtner und Putzfrauen bei den neualten deutschen Eigentümern verdienen werden. Bis jetzt jedoch kann von einem „Großausverkauf“ keine Rede sein. Zwischen 1990 und 2002 haben Ausländer vom polnischen Innenministerium 18.200 Genehmigungen für den Kauf von 34.000 Hektar Land bekommen, d. h. gerade mal 0,1 Prozent der Gesamtfläche Polens gehören Ausländern.

Dennoch waren die Ängste stärker, und so sah sich am Verhandlungsbeginn mit der EU die damalige polnische Regierung gezwungen, eine Übergangsfrist von 18 Jahren zu fordern, in denen Landkauf in Polen für EU-Bürger, wie heute auch, genehmigungspflichtig bleiben sollte. Am Ende sieht der polnische EU-Beitrittsvertrag vor, dass Polen noch während einer Übergangszeit von 12 Jahren den Verkauf von land- und forstwirtschaftlichen Flächen an EU-Interessenten beschränken darf.

Landwirte aus der EU, die sich in Polen niederlassen wollen, dürfen Flächen erst erwerben, wenn sie diese zuvor mindestens 3 Jahre lang gepachtet haben. Für den Kauf von Zweitwohnsitzen und Ferienhäusern in Polen wurde eine Übergangsfrist von 5 Jahren vereinbart. Einschränkungen für Investoren, die etwa Fabriken bauen wollen, soll es von Anfang an nicht geben.

Diese Einschränkungen mussten aus psychologischen Gründen sein, denn es brachte z. B. wenig, darauf hinzuweisen, dass vor allem im Norden und Westen des Landes, wo die früheren kommunistischen Staatsgüter Pleite gegangen sind, Flächen brach liegen und ausländische Landkäufe diesen Gegenden nur zugute kommen können. Genausowenig beachtet wurden Argumente, dass sich ausländische Grundstückskäufer an polnische Gesetze halten, Steuern in Polen bezahlen müssen, und dass sich ihr Wohlergehen mit dem ihrer polnischen Nachbarn aufs engste verknüpft. Am Ende musste die Politik akzeptieren, dass einfach Zeit vergehen muss, bis sich Menschen an die neue Situation gewöhnen.

9. Nehmen die Polen den Deutschen die Arbeit weg?

Mit nichts kann man so gut Politik betreiben wie mit Angst, dieser Wahrspruch gilt nicht nur in Polen. Jahrelang fehlte es in Deutschland nicht an lauten Stimmen, die vor den angeblich verheerenden Folgen der EU-Osterweiterung für den deutschen Arbeitsmarkt warnen. Als ein Randstaat des Westens, so das Argument, werde vor allem Deutschland einer gefährlichen Zuwanderungswelle ausgesetzt sein und müsse dringend etwas dagegen unternehmen. Um der heraufziehenden populistischen Angstmache vorzubeugen, stellte der deutsche Bundeskanzler im Dezember 2000 ein Fünf-Punkte-Programm vor, das vor allem eine sieben Jahre dauern-

de Beschränkung der Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus den künftigen EU-Mitgliedsstaaten vorsah.

Eine fast neunzehnprozentige Arbeitslosigkeit in Polen und die Tatsache, dass in der polnischen Arbeitsstatistik etwa eine halbe Million Bürger als „Saisonarbeiter im Ausland“ geführt werden, schien den Warnern in Deutschland Recht zu geben. Es sind Wochen- oder Monatspendler sowie Saisonkräfte, die in der Landwirtschaft, im Hotel- und Gaststättengewerbe, als Pfleger, Reinigungskräfte, Maler, Fliesenleger und nicht selten einfach als „Alleskönner“ in Westeuropa Geld verdienen, um es anschließend in Polen, wo ihre Familien auf sie warten, auszugeben. Ein Teil von ihnen arbeitet legal, ein Teil illegal, und sie füllen vor allem Nischen auf dem westeuropäischen Arbeitsmarkt aus, die für Einheimische finanziell nicht verlockend genug geworden sind.

Die EU-Außengrenze, die von Polen aus seit 1991 ohne Visa überschritten werden kann, stellte für sie kein Hindernis dar. Sie mussten jedoch Fähigkeiten mitbringen, um Arbeit zu bekommen. Dazu gehören:

1. Mobilität und die Bereitschaft, lange Zeit fern von Familie und

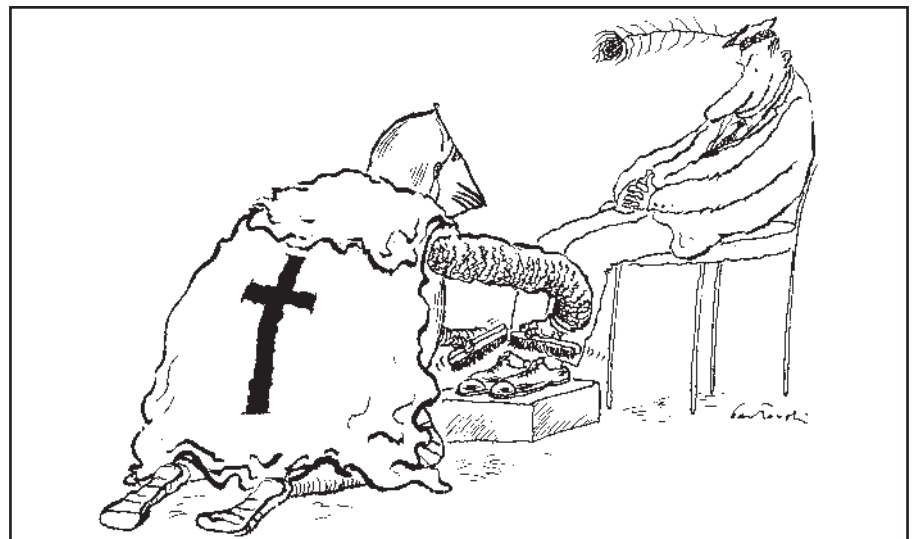
Heimat unter oft beschwerlichen Bedingungen zu arbeiten und zu wohnen.

2. Wenigstens minimale Sprachkenntnisse.
3. Eine oder mehrere Qualifikationen, die mindestens so gut sind, wie die Qualifikationen der örtlichen Arbeitnehmer.
4. Sehr gute körperliche Kondition und Ausdauer, die bei der Verrichtung vieler Arbeiten unabdingbar sind.

Der Vorrat an solchen Arbeitskräften ist auch in Polen nicht unbegrenzt, so dass man sagen kann, dass diejenigen, die gehen wollten und konnten, bereits in Westeuropa angekommen sind.

Es ist zudem kaum vorstellbar, dass es plötzlich eine Lawine von Migranten geben wird, die ihre Wohn- und Arbeitsstätte nach Deutschland werden verlegen wollen. Sowohl die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt, wie auch schon allein die Tatsache, dass das Einstellungsgespräch auf Deutsch stattfindet, sprechen eher dagegen.

Geradezu abenteuerlich hören sich Prognosen an, die an manchen deutschen Stammtischen entstehen und besagen, Firmen würden z. B. deutsche Monteure oder Fach-



Zeichnung Jacek Gawlowski, Gazeta Wyborcza, 2002

arbeiter entlassen, um billigere polnische oder tschechische einzustellen. Unter Tarif wäre das nicht möglich und der Widerstand der Gewerkschaften sowie das voraussehbare negative Echo eines solchen Schrittes in den örtlichen Medien und bei den Kunden, dürfte für die deutsche Firma Grund genug sein, ein solches Vorhaben zu unterlassen.

Um jedoch die Ängste, vor allem in Deutschland und Österreich, einzudämmen, hat man sich in Bezug auf die Öffnung des EU-Arbeitsmarktes mit den Beitrittsländern auf die 2+3+2-Jahre-Lösung geeinigt. Jedes Alt-EU-Land entscheidet selbst, wann es seinen Arbeitsmarkt öffnet. Dänemark, Griechenland, Großbritannien, Holland, Irland und Schweden wollen das sofort am 1. Mai 2004 tun. Belgien, Finnland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Spanien und Portugal möchten eine Übergangsfrist von 2 Jahren in Anspruch nehmen.

Danach, sollte es die Situation erfordern, kann diese Frist noch einmal um 3 und dann um 2 weitere Jahre auf insgesamt maximal 7 Jahre verlängert werden. Deutschland und Österreich haben bereits entschieden, auf jeden Fall für 5 Jahre ihre Arbeitsmärkte für Beschäftigte aus den neuen EU-Ländern zu schließen. Das heißt: die Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes wird frühestens am 1. Mai 2009, wenn nicht am 1. Mai 2011 erfolgen.

Als gravierend gilt das Problem der Pendler, die in der Zukunft jeden Tag aus Polen oder Tschechien nach Deutschland zur Arbeit fahren werden. Auch hier jedoch muss man genau unterscheiden. Das massenweise Pendeln aus Polen nach Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen wird kaum eintreten angesichts der dort fehlenden Arbeit und der nicht gerade enthusiastischen Polen-Einstellung vieler Ostdeutscher. Nur Berlin bietet auf dem Gebiet der ehemaligen DDR ent-

schieden mehr Arbeitsmöglichkeiten, die schon jetzt von polnischen Wochenpendlern genutzt werden. In ganz Ostdeutschland jedoch stellen die Beschäftigten aus ganz Mittel- und Osteuropa, darunter Polen, derzeit gerade einmal 0,2 Prozent aller Arbeitnehmer.

Derweil ist dieser Anteil in den bayerischen Grenzregionen zehnmal so hoch. Nur hier grenzt die alte, reiche Bundesrepublik unmittelbar an den einst kommunistischen Osten Europas, an Tschechien, und das macht sich bemerkbar. In Niederbayern, einer strukturell schwächeren Region, die unter Abwanderung junger, gut qualifizierter Arbeitskräfte leidet, leisten die tschechischen Pendler einen wesentlichen Beitrag zur Erhöhung der Produktivität und zum Strukturwandel.

An dieser Stelle lohnt auf jeden Fall ein kurzer Blick in die Vergangenheit. Über die Freizügigkeit nämlich wurde auch gestritten, als Spanien und Portugal 1977 den Beitritt in die Gemeinschaft beantragten, die noch EG hieß. Damals fürchteten Deutschland und andere nördliche Mitgliedsstaaten ebenfalls, dass ihre Arbeitsmärkte überschwemmt werden könnten.

Ein wichtiger Grund dafür war die hohe Arbeitslosigkeit, die in den beiden Ländern Mitte der 80er Jahre bei jeweils etwa 20 Prozent lag. Es wurde befürchtet, dass diese Zahlen nach dem Beitritt noch wachsen würden, da viele kleinere und mittlere Betriebe dem Wettbewerb im gemeinsamen Markt der EG nicht standhalten würden.

Wegen der schlechten Aussichten auf dem heimischen Arbeitsmarkt hatten sich gut drei Millionen Spanier und Portugiesen schon früher in anderen europäischen Ländern um Arbeit bemüht. Nicht nur nach Deutschland waren sie als Gastarbeiter ausgewandert: Von den eine Million Portugiesen, die seinerzeit im Ausland lebten, hatten sich 80 Prozent in Frankreich nie-

dergelassen. Paris, so sagte man im Scherz, sei nach Lissabon die zweitgrößte portugiesische Stadt Europas.

Es schien wahrscheinlich, dass viele spanische und portugiesische Gastarbeiter nach dem EG-Beitritt ihrer Heimatländer versuchen würden, Verwandte und Freunde nachzuholen. Diese Angst war so weit verbreitet, dass sich der portugiesische Außenminister schon 1978 zu dem Hinweis veranlasst sah, sein Land wolle seine Rolle in einer erweiterten Gemeinschaft nicht auf die des Lieferanten von Arbeitskräften beschränkt sehen. Am Ende, als Spanien und Portugal der EG am 1. Januar 1986 beitraten, wurde die Freizügigkeit dortiger Arbeitnehmer für 7 Jahre eingeschränkt. Staatsangehörige der beiden Länder, die schon in anderen EG-Ländern lebten, mussten jetzt zwar genauso behandelt werden wie die eigenen Arbeitnehmer. Ein weiterer Zuzug bedurfte aber der Genehmigung, ebenso wie der Nachzug von Familienangehörigen.

Es setzte jedoch die umgekehrte Tendenz ein. Der schnelle Aufschwung, den der EG-Beitritt den beiden Staaten bescherte, führte zu einer drastischen Verminderung der arbeitsbedingten Auswanderung und zur zunehmenden Rückwanderung der spanischen und portugiesischen Gastarbeiter in ihre Heimatländer.

Als dann am 1. Januar 1993 die Einschränkung der Freizügigkeit auslief, wurde diese Tatsache in den übrigen EU-Ländern kaum wahrgenommen. Vieles deutet darauf hin, daß es bei der jetzigen Osterweiterung nicht viel anders sein wird.

10. Polens Landwirtschaft – wer soll das bezahlen?

Elzbieta und Henryk Maciejewski betreiben im Dorf Klukowo, etwa einhundert Kilometer nordöstlich von Warschau, eine typisch polni-

sche Landwirtschaft, wie sie in Deutschland oder Dänemark nur noch in Bilderbüchern zu sehen ist. Auf dreieinhalb Hektar Land bauen sie Roggen und auf einem halben Hektar Kartoffeln an. Dazu kommt noch ein Hektar Weide. Im Stall stehen sieben Kühe und vier Schweine, auf dem Hof gackert eine Schar garantiert ökologischer Freilandhühner. Der Stall von Frau Elzbieta ist blitzsauber, die Euter der Kühe werden von der Melkerin gründlich gewaschen, und die rahmige Milch, die sie dreimal in der Woche auf den Markt bringt, schmeckt hervorragend.

Dennoch ordnet die Molkerei, die an den übrigen Tagen die Milch abholt, Frau Elzbietas Milch in die zweite Kategorie ein. Das veraltete Kühlgerät der Maciejewskis schafft mit Mühe und Not eine Temperatur von elf Grad – im Sommer kann auch davon nicht die Rede sein. Viele Nachbarn, die nur zwei oder drei Kühe besitzen, haben überhaupt kein Kühlgerät. Um aber die Bakterienzahl in der Milch gering zu halten, wäre der Kauf eines neuen Gerätes, das auf acht Grad abkühlt, unumgänglich – doch diese Anschaffung würde sich nie rentieren..

Bis Herbst 1997 war für die Maciejewskis die Welt noch in Ordnung. Ihr Hof ermöglichte ihnen und Herrn Henryks Eltern ein bescheidenes Auskommen. Dann aber hatte die EU Kontrolleure in polnische Molkereien geschickt und danach für gut ein Jahr den Import von polnischen Milchprodukten in die EU verboten. In der EU nämlich trinkt man nur Milch der Klasse eins – und erst als Polens Molkereien nach umfangreichen Investitionen in der Lage waren, diese Qualität zu gewährleisten, durfte der Export wieder aufgenommen werden, nur so billig wie vorher war die Milch nicht mehr

Wieder einmal zeigte sich, dass ein Preisvorteil, der einzig aus der Rückständigkeit resultiert, nur kurze Beine hat in der EU, wo für alle dieselben Standards gelten. Die

Molkerei von Klukowo nimmt seitdem mit Handkuss jeden Liter Milch Klasse eins entgegen, aber nur wenige Bauern können sie liefern. Auch Maciejewskis Hygieneniveau entspricht weiterhin dem EU-Standard von vor einigen Jahren und so stehen sie nun vor der Wahl: entweder mehr Kühe anschaffen, investieren, sich verschulden oder spätestens 2007 mit der Milchproduktion aufhören. Dann nämlich, drei Jahre nach dem EU-Beitritt, wird die etwas schlechtere Milch endgültig auch vom polnischen Binnenmarkt verschwinden müssen.

Das Dilemma der Maciejewskis haben auch viele andere. Mit etwa 1,3 Millionen Milcherzeugern hat Polen etwa ebenso viele Milchproduzenten wie die übrige EU zusammen. Die meisten von ihnen besitzen nur drei bis vier Kühe, die jedoch wesentlich zum meist kargen Lebensunterhalt ihrer Eigentümer beitragen.

Generell jedoch erfüllt Polens wegen ihrer Rückständigkeit vielgeschmähte Landwirtschaft drei wichtige Aufgaben:

1. In einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit bindet sie viele Arbeitskräfte, gibt den Menschen wenigstens ein karges Auskommen, eine Heimat und verhindert, dass um die Großstädte herum, wie in Afrika oder Südamerika, Elendsviertel entstehen.

2. Sie stellt genügend her und gewährleistet die Versorgung des Landes mit den wichtigsten Agrarprodukten.

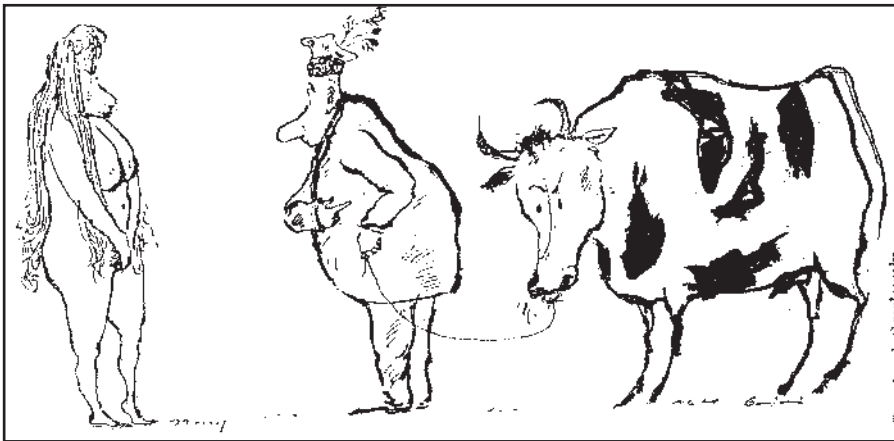
3. Sie arbeitet aus Not ökologisch, weil die Bauern nur wenig Geld für Dünger, Pflanzenschutz- und Unkrautvertilgungsmittel haben. Polen hat sich entschieden, bis 2006, vielleicht sogar bis 2008, das vereinfachte System der Direktzahlungen anzuwenden, was bedeutet: jeder, der ein und mehr Hektar Agrarland besitzt, bekommt erst einmal eine Zuwendung pro Hektar, unabhängig da-

von, was und ob er produziert. Die polnischen Bauern werden somit die einzige Bevölkerungsgruppe sein, die bares Geld von der EU bekommt. Zu dem hat Polen einige Jahre Zeit, um das komplizierte und teure Erfassungssystem für die Landwirtschaft einzuführen.

Wir sitzen am Küchentisch der Maciejewskis und rechnen nach. Für 2004 beträgt die EU-Direktzahlung für die Beitrittsländer ca. 40,- Euro, das sind 161,- Zloty pro Hektar. 4 Hektar x 161,- = 644,- Zloty. Für die 3,5 Hektar Roggen gibt es zusätzlich 311,50 Zloty (89,- Zloty pro Hektar) und für die Weide 181,- Zloty. Macht zusammen zusätzlich 1136,50 Zloty, d. h. knapp 32 Prozent des Einkommens aus dem Jahr 2001, in dem die Maciejewskis auf ihrem Hof 3566,- Zloty (etwa 891,50 Euro) verdient haben.

Alojzy Kalita, 47 Jahre alt, Maciejewskis Nachbar, hat 15 Hektar Land, davon 3 Hektar Weiden, 2 Hektar Zuckerrüben und auf 10 Hektar baut er Raps, Weizen und Mais an. Seine Rechnung sieht folgendermaßen aus: 12 Hektar x 161,- Zloty = 1932,- Zloty plus 3 Hektar Weiden x 181,- Zloty = 543,- Zloty plus Zuzahlungen zur pflanzlichen Produktion d. h. 10 Hektar x 281,- Zloty = 2810,- Zloty. Das ergibt 5285,- Zloty im Jahr 2004, also knapp 26 Prozent dessen, was Kalita 2001 mit seinem Betrieb verdient hat, nämlich 20431,- Zloty (etwa 5107,- Euro)

In Klukowo lebt auch Pelagia Orczykowa, eine 61-jährige Witwe. Ihre beiden Töchter wohnen in Bialystok und Warschau, kommen manchmal mit den Schwiegervätern, um bei der Ernte zu helfen. Frau Orczykowa schafft kaum mehr die Arbeit auf den drei Hektar Land, die ihr gehören, und auf dem Hof, wo sie noch vier Kühe und zwei Schweine zu versorgen hat. Man hat ihr gesagt, dass sie nach dem EU-Beitritt, wie alle Bauern die älter als 55 Jahre sind, das Recht auf eine monatliche Frührente von etwa 800,-



Zeichnung Jacek Gawłowski, Gazeta Wyborcza, 1992

Złoty (ca. 200,- Euro) haben wird, die ihr bis zum 65. Lebensjahr ausgezahlt werden kann, wenn sie das eigentliche Rentenalter erreicht hat. Die Bäuerin will diese Möglichkeit nutzen und hält bereits Ausschau nach einem Käufer für ihre drei Hektar, die sie auf jeden Fall veräußern muss, um die Frührente zu bekommen. Herr Kalita hat schon Interesse bekundet.

Alojzy Kalita schickt sich an, seinen Betrieb zu vergrößern, zu investieren und sich der Konkurrenz seiner westeuropäischen Kollegen zu stellen. Er und seinesgleichen, und nicht die Kleinstbauern, werden in Zukunft das große unternehmerische Risiko eingehen. Sie werden schnell merken, dass man auch mit 20 bis 30 Hektar in der EU nur schwer über die Runden kommt. Sie werden sich, wie viele ihrer deutschen, französischen oder italienischen Kollegen, einen Nebenerwerb (Agrartourismus, Verkauf direkt vom Hof u. Ä.) suchen müssen, um ihr Einkommen aufzubessern.

Derweil wollen die Maciejewskis ihre Kühe abschaffen und die Direktzahlungen für ihre insgesamt fünf Hektar nutzen bis sie in drei (Herr Maciejewski) bzw. vier Jahren (seine Frau) in Frau Orczkowas Fußstapfen treten und mit der Landwirtschaft aufhören können. Sie werden ihren Boden verkaufen oder verpachten und sich ihrem Obstgarten und ihrem Hühnerstall

widmen. Niemand wird sie vertreiben, und nach außen wird sich an den bescheidenen Häusern der Maciejewskis und Frau Orczykowska kaum etwas ändern. So wie viele Menschen auf dem Lande in Spanien, Portugal, Griechenland, Süd-Italien, Irland, werden sie und Zehntausende ihresgleichen in Polen, von der EU-Agrarpolitik weitgehend unberührt, ihren Lebensabend bescheiden dort verbringen, wo sie seit ihrer Geburt leben. Vielleicht erleben sie noch die Zeit, wenn die ziemlich lädierte Überlandstraße nach Klukowo mit EU-Geldern modernisiert, die Kanalisation errichtet und die alte Kläranlage generalüberholt wird.

Es gibt in Polen laut Statistik, 1,9 Millionen Höfe, aber nur 240 000 Haupterwerbsbetriebe und etwa 630 000 Höfe, die überwiegend von der Landwirtschaft leben.

Der Rest der Bauern mit ihren zwei bis drei Hektar, von denen man auch im Vor-EU-Polen nicht leben kann, verdient sich mit Hühnerhaltung, eigenen Schweinen oder Kühen ein Zubrot zur Rente und Arbeitslosigkeit oder erwirtschaftet sein Haupteinkommen in Industrie, Handwerk oder im Dienstleistungsbereich.

Mit seiner Agrarstruktur wird Polen jedoch beileibe nicht alleine in der EU darstehen, obwohl es mit einer durchschnittlichen Betriebsgröße von 7 Hektar weit hinter

dem EU-Durchschnitt liegt (5,3 Prozent der heutigen EU-Bevölkerung leben von der Landwirtschaft, die durchschnittliche Betriebsgröße beträgt 17 Hektar). Weit hinter diesem Durchschnitt befinden sich jedoch auch Griechenland, Italien, Portugal, Spanien und Irland, wo zwischen 15 und 20 Prozent der Einwohner von der Landwirtschaft leben und die Durchschnittsgröße eines Betriebes in Italien sogar kleiner ist als in Polen.

Demnach liegen die Stolpersteine für den EU-Beitritt in Polen weniger bei den Bauern selbst als in den nachgeordneten Bereichen. Ein polnisches Schwein macht zu viele Umwege, bis es als Schnitzel auf dem Teller landet. Die Bauern sind, anders als in der EU, nur selten an der Vermarktung, dem Transport, der Lagerung und am Verkauf ihrer Produkte beteiligt.

Viele Bauern bleiben skeptisch, doch der EU-Beitritt wird gerade auf dem Lande vieles verbessern. Er wird vor allem zum ersten Mal eine Berechenbarkeit in Bezug auf Preise und Produktionsmengen bringen für Landwirte, die heute auf gut Glück anbauen und bei guten Ernten auf ihrem Raps oder Getreide sitzen bleiben beziehungsweise tagelang vor Ölmühlen, Speichern und Schlachthöfen anstehen und um Abnahme betteln müssen.

Eine wesentliche Schwäche der polnischen Landwirtschaft liegt heute darin, dass auch die mittleren und großen Betriebe vieles gleichzeitig anbauen, dazu noch Tiere halten, um bei schlechter Nachfrage nach Zuckerrüben mit Mais oder bei fallenden Schweinefleischpreisen mit Milch die Einkommenslücken zu schließen. Alle produzieren alles, und das geht eindeutig auf Kosten der Produktivität.

Die Mehrzahl der Kleinst- und Kleinbauern wird ihr Land nach und nach an die größeren verpachten, wird bei den umfangrei-

chen Infrastrukturinvestitionen, die mit EU-Geldern bezahlt werden sollen, Arbeit finden, wird, dank der eintretenden Arbeitsteilung, zunehmend zu den Dienstleistungen überwechseln. Es gibt nämlich noch heute in Polen so manche Gegenden, wo Bauern nicht nur selbst säen und ernten, sondern auch selbst schlachten, die Wurst machen, die Häute präparieren, Schuhe besohlen und sich die Haare schneiden, wo Geldautomaten, Handys und Internet kaum bekannt sind. Zudem wartet die große Zahl alter Landwirte, die arbeiten müssen obwohl sie es kaum mehr können, nur darauf, dank Frührenten und Stilllegungsprämien den Agrarmarkt räumen zu dürfen.

Die Ankaufpreise für Zuckerrüben, Milch, Rindfleisch werden, das weiß man schon heute genau, um 20 bis 30 Prozent steigen und mit ihnen dementsprechend auch die Einkommen der Bauern und die Verbraucherpreise. Bei Schweinefleisch dürfte, was den Ankaufpreis angeht, alles beim alten bleiben, aber die Produktionskosten werden (billigeres Getreide für Futtermittel) sinken. Außerdem sind die Futtermittelpreise in der EU stabil. Damit dürfte für die polnischen Bauern der Alptraum der „Schweinehochs“ (gute Getreidernten, mangelnder Absatz, Verfütterung des Getreides an Schweine, Ankaufpreis pro Kilogramm lebendiges Tier fällt auf 3,- Zloty = ca. 0,75 Euro) und der „Schweintiefs“ (schlechte Getreidernte, teure Futtermittel, der Preis steigt auf 4,50 Zloty = ca. 1,15 Euro) vorbei sein.

Steigen werden die Verbraucherpreise für Pflaumen, Süß- und Sauerkirschen, Erdbeeren und anderes Weichobst, weil die Exportbeschränkungen in die Alt-EU, wo die Nachfrage groß ist, wegfallen werden.

Noch verstehen die Maciejewskis nicht allzuviel von Milchquoten und Direktzahlungen, aber sie wissen inzwischen, dass sie von der

EU-Geld bekommen werden, und sie wissen auch, dass ihre Zeit langsam abläuft. Einen Computer werden sie sich geanusowenig anschaffen, wie die dreißig bis vierzig Kühe, die sie haben müssten, um rentabel zu sein. „Was kommt, das kommt“, sagt Henryk Maciejewski, „Hitler haben wir überlebt und den Kommunismus, schlimmer als damals wird's schon nicht werden.“

11. Mit Schengen kommen die Autodiebe?

Es mag überraschen, doch die Statistiken sprechen eine eindeutige Sprache: auch polnische Kriminelle müssen sich noch Mühe geben, wenn sie das EU-Niveau erreichen wollen. Die Kriminalität nimmt in Polen zu, aber sie liegt, z. B. was die Zahl der Morde, umgerechnet auf die Einwohnerzahl, angeht, zum Glück immer noch deutlich hinter den entsprechenden holländischen, deutschen, französischen oder italienischen Zahlen zurück. Dennoch gibt es keinen Anlass zur Freude, denn befriedigend ist die Situation keineswegs.

Vor allem im Grenzgebiet zu Deutschland hat die Kriminalität nach 1990, als negative Folge der Grenzöffnung, zugenommen. Neben polnischen Kriminellen, haben sich entlang der Grenze Gesetzesbrecher aus Russland, Weißrussland, der Ukraine, aus dem Baltikum, Bulgarien, Rumänien und Fernost etabliert. Es ist schwieriger für sie, in den Schengenraum einzureisen, also operieren sie von Polen aus und mit Hilfe polnischer Komplizen.

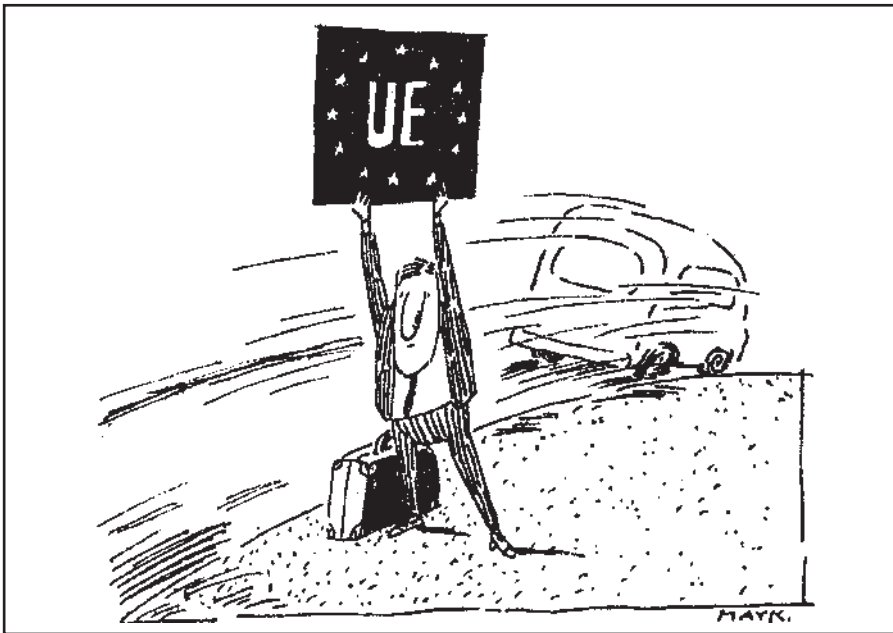
Zwei bis drei Jahre nach dem EU-Beitritt, wenn es entsprechende Auflagen an seiner Ostgrenze erfüllt hat, wird Polen dem Schengener Abkommen beitreten, was den Wegfall von Passkontrollen an der deutsch-polnischen Grenze nach sich ziehen soll (die Zollkontrollen werden sofort nach dem Beitritt am 1. Mai 2004 an die polnische Ostgrenze verlegt). Wird die An-

wendung der Schengen-Regeln eine Zunahme von Straftaten an der deutsch-polnischen Grenze zur Folge haben?

Eine eindeutige Antwort gibt es nicht. Auf manchen Feldern dürfte die Einführung der Schengenregeln zu einer spürbaren Verbesserung der Situation führen. Menschenschmuggler und Schlepper z. B. werden dann an Oder und Neiße nicht mehr gebraucht. Das Problem der illegalen Einreisen in den Schengenraum wird sich an die polnische Ostgrenze verlagern, dorthin, wo es dann die entsprechenden Kontrollen gibt. Es dürfte auch einen Rückgang des Schmuggels und der mit ihm verbundenen Bandenkriege geben. Ende 2008 z. B. wird Polen, nach vorherigen stufenweisen Erhöhungen, seine Tabaksteuer endgültig auf EU-Niveau anheben, womit der heutige Preisvorteil endgültig aufgehoben sein dürfte. Es müssten auch im deutsch-polnischen Grenzgebiet die kriminellen Aktivitäten von sog. Drittausländern deutlich zurückgehen, weil die Grenze ihren trennenden Charakter einer Außengrenze einbüßen wird.

Nichts ändern wird sich vorerst an dem Ausmaß der Kriminalität, die von polnischen Straftätern ausgeht, die entlang der Grenze wohnen. Sie werden nicht in den Osten umziehen. Um ihnen das Handwerk zu legen, müssen deutsche und polnische Strafverfolgungsbehörden ihre Zusammenarbeit intensivieren, damit der Wegfall der Kontrollen im Jahre 2006, bzw. 2007 nicht zu einem Anstieg der Straftaten, vor allem Diebstählen und Einbrüchen führt. Die schon heute vorhandenen „kurzen Dienstwege“ zwischen den Polizeien und Staatsanwaltschaften müssen ausgebaut, das sog. Nach-eilverfahren (Verfolgung von Straftätern auf dem Gebiet des Nachbarlandes) deutlich über das heute übliche Schengen-Niveau erweitert werden.

Leichter dürfte es nach dem Wegfall der Kontrollen sein, Waffen



Zeichnung Janusz Mayk Majewski, Rzeczpospolita, 1997

und Rauschgift über die Grenze zu transportieren.

Und der Autodiebstahl? „In Polen gestohlen“ – das ist jedenfalls nicht selten gelogen. Sowohl polnische, wie auch deutsche Strafverfolger gehen davon aus, dass 40 bis 50 Prozent der von deutschen Staatsbürgern in Polen gemeldeten Autodiebstähle nicht der Wahrheit entsprechen. In Folge der Vorbereitung auf den EU-Beitritt sind in Polen elektronische Dateien entstanden, die es ermöglichen mehr Licht in die dunklen Machenschaften zu bringen. Der Berliner „Tagesspiegel“ berichtete am 3. Juni 2002:

Nach einem längeren Blick in den Computer stellte der Polizist auf dem Hauptrevier der Hafenstadt Stettin eine bohrende Frage: „Sie waren in den vergangenen anderthalb Jahren drei Mal in Polen, und jedes Mal wurde Ihnen Ihr Auto gestohlen?“ Der Mann aus Berlin auf dem Stuhl gegenüber stutzte. (...) Dabei war es bei den letzten Besuchen auf Polizeistationen des Nachbarlandes immer glatt gelaufen. Ein Dolmetscher notierte die Angaben des deutschen Touristen und diktierte sie einem Polizisten in die Schreibmaschine: Neues Auto vor einem Supermarkt abgestellt, nach dem

Einkaufen ein Restaurant besucht – bei der Rückkehr nach zwei Stunden war es weg. Die deutsche Versicherung zahlte beim Stichwort Polen meist problemlos. (...)

Sichtlich beeindruckt von der Speicherung seiner beiden vorherigen Anzeigen im Zentralrechner der polnischen Polizei, verstrickte sich der Berliner mehr und mehr in Widersprüche. Plötzlich konnte er sich nicht mehr an das Restaurant erinnern, selbst beim Kennzeichen und dem Kilometerstand verhedderte er sich. „Als wir ihm Betrugsversuch vorwarfen und Untersuchungshaft androhten, packte der Herr aus“, berichtet Kommissar Mariusz Bajor von der Stettiner Polizeikommandantur. „Der Diebstahl war nur fingiert. In Wahrheit hatte er seinen Audi A6 zu einem Spottpreis an einen polnischen Autohändler verkauft. Zusätzlich wollte er seine Versicherung betrügen.“ (...)

Vor allem Süd- und Osteuropäer mit deutschem Pass melden häufig den angeblichen Diebstahl „ihrer“ Autos, die in Wahrheit in Deutschland gestohlen wurden, in Polen. Die entsprechenden Papiere wurden zuvor gefälscht, der Autoschlüssel nachgemacht. „5000 Dollar“, so erzählt Kommissar Baranski „zahlen die international orga-

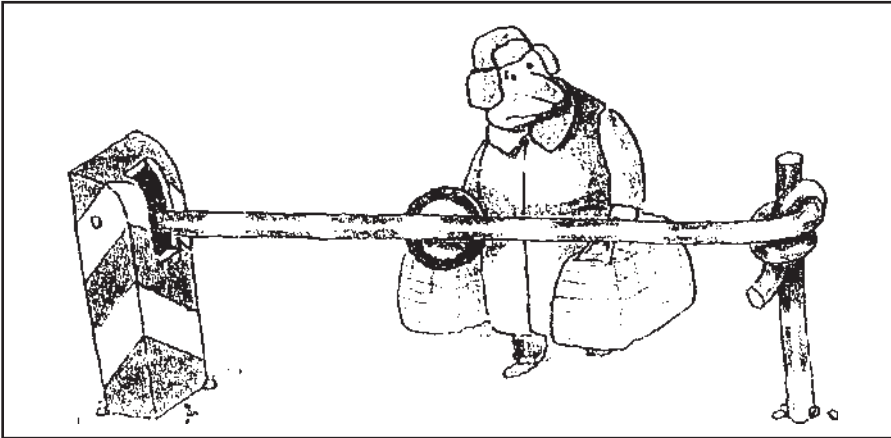
nisierten Aufkäufer in Polen für einen Betrug.“ Gewöhnlich gingen die Autofahrer erst zur Polizei, wenn „ihre“ Wagen die polnische Ostgrenze passiert haben oder irgendwo zerlegt oder frisiert worden sind. Ab und zu versuchen auch in finanzielle Probleme geratene Berliner und Brandenburger Autobesitzer auf eigene Faust ihr Glück bei diesen Tricks.“ Soweit der „Tagesspiegel“.

Ob der Wegfall der Kontrollen die Situation verschlechtert, oder ob eine im Zuge des polnischen EU-Beitritts immer enger werdende Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden beider Staaten das Risiko mindern kann, muss einfach abgewartet werden. Eins jedoch sollte auf jeden Fall festgestellt werden: die europäische Integration und die Freizügigkeit dürfen nicht zur Geisel einer zwar sehr lästigen, aber dennoch zahlenmäßig unbedeutenden kriminellen Minderheit gemacht werden.

12. Kehrt Polen seinen östlichen Nachbarn den Rücken zu?

„Finanziert mit Mitteln der Europäischen Union“, verkünden Aufkleber auf den Computern des polnisch-ukrainischen Grenzüberganges Hrebenne. Seit 1997 flossen 124 Millionen Euro der EU für die Ausrüstung der polnischen Grenzpolizei im Osten mit Nachsichtgeräten, Geländefahrzeugen für die Inbetriebnahme des computergesteuerten Schengen-Informationssystem (SIS) zur Personen-Erkennung, für den Bau von neuen Stützpunkten der Grenzpolizei, die, nach EU-Regeln, im Durchschnitt nicht weiter als 25 km voneinander entfernt sein dürfen.

Zusätzliche 280 Millionen Euro versprach die EU Warschau beim Gipfeltreffen in Kopenhagen im Dezember 2002 für die Modernisierung der polnischen Ostgrenze mit Russland (Gebiet Kaliningrad –



Zeichnung Marek Raczkowski, Polityk

210 km), Weißrussland (416 km) und der Ukraine (529 km). Abgesehen von der 103 km langen Grenze mit Litauen, die eine EU-Binnengrenze sein wird, muss sich Polen darauf einrichten, dass es, nach Finnland die längste Landesgrenze der EU (knapp 1200 km) zu überwachen haben wird. Um das zu gewährleisten, soll Polen bis 2006 mit eigenem Geld die Einstellung von 5300 neuen hauptamtlichen Grenzpolizisten bezahlen, welche die jetzt noch ihren Dienst versahenden Wehrpflichtigen ersetzen sollen.

Während Tschechien, Ungarn, die Slowakei und Bulgarien bereits 2000–2001 die Visumpflicht für Russen, Ukrainer, Weißrussen und die Bürger anderer nachsowjetischer Staaten eingeführt haben, hat Polen alles getan, um diesen Schritt möglichst lange hinauszuschieben. Immerhin leben hinter der Grenze einige Hunderttausend Polen, denen man die Einreise ins Mutterland nicht erschweren wollte. Lwow, Grodno, Nowogrodek und viele andere Orte, die dicht hinter der polnischen Ostgrenze liegen, sind auf Grund der jahrhundertelangen polnischen Präsenz dort und der vielen polnischen Kulturdenkmäler, wichtige Stätten der nationalen polnischen Selbstfindung. Ihre Zugänglichkeit sollte nicht beschränkt werden. Zudem spielt gerade in den armen östlichen Grenzregionen der Kleinhandel mit den Besuchern aus dem Osten (etwa 13 Millionen kamen 2002 nach Polen) eine wichtige

wirtschaftliche Rolle. Die Kehrseite dieses Booms jedoch ist das massenweise Mitbringen von Zigaretten und Alkohol nach Polen durch die im Volksmund *mrowki* (Ameisen) genannten östlichen Kleinschmuggler und die damit verbundene Kriminalität.

Am 1. Oktober 2003, erst zum letztmöglichen Termin, wird Polen die Einreisevisa einführen, um den Anforderungen von Schengen zu genügen. Es ist eine der Voraussetzungen dafür, dass sich die Polen ab 2006–2007 in der ganzen EU ohne Pass frei bewegen können. Um die Visabeschaffung zu erleichtern, hat Polen zusätzlich Konsulate in Russland, Weißrussland und der Ukraine eingerichtet, und die bestehenden erheblich ausgebaut. Es gelang, die Ukraine davon zu überzeugen, keine Visa für Polen einzuführen, wofür sich Polen damit bedankte, das es seine Sichtvermerke für Ukrainer gebührenfrei erteilen wird. Leider ist dies im Falle Russlands, das Visagebühren von bis zu 60 Dollar erheben möchte, und Weißrusslands nicht gelungen.

Kritiker sprechen dennoch von einer „zweiten Berliner Mauer“ und warnen, die Visumpflicht wird erhebliche ökonomische Nachteile bringen und könnte zu dem die Ukraine und Weißrussland endgültig von Europa isolieren. In Wirklichkeit wird vor allem ein auf Dauer nicht haltbarer Zustand, wenn nicht ganz abgeschafft, dann auf jeden Fall deutlich einge-

schränkt: der bereits erwähnte, massenweise Kleinschmuggel von Zigaretten und Alkohol. Er ist, angesichts der großen Arbeitslosigkeit, zur Grundlage sehr vieler Existenzen auf beiden Seiten der Grenze geworden, kann es aber auf Dauer in einem Rechtsstaat nicht sein. Für Verwandte, Unternehmer, Studenten, Wissenschaftler, Künstler, Touristen dürfte die Grenze weiterhin verhältnismäßig leicht passierbar sein.

Ein wichtiges Ziel der polnischen Außenpolitik nach 1989 ist die Förderung der weißrussischen und ukrainischen Unabhängigkeit und die strikte Weigerung, mit Russland über die Köpfe seiner unmittelbaren Nachbarn hinweg zu sprechen. Polen möchte keine Wiedergeburt eines imperialen Russlands. Aus diesem Grund tun sowohl der polnische Staat wie auch viele polnische freie Träger (Vereine, Stiftungen usw.) viel, um die Zusammenarbeit und Partnerschaft mit der Ukraine und Weißrussland auf den verschiedensten Feldern zu verstärken. Finanzielle Möglichkeiten der beiden östlichen Partner sind fast nicht vorhanden und die polnischen sehr beschränkt. Polen, versteht sich, wie Spanien und Portugal in Bezug auf Lateinamerika, als ein Interessenvertreter Weißrusslands und der Ukraine in der EU. Darum möchte Polen die finanziellen, organisatorischen und intellektuellen Möglichkeiten der EU nutzen, um seine Zusammenarbeit mit diesen beiden Ländern zu intensivieren, sie möglichst nah an europäische Standards, Gepflogenheiten und Umgangsformen zu bringen. Das ist ein wichtiger Aspekt des polnischen EU-Beitritts, der leider oft übersehen wird.

13. Polen – der trojanische Esel Amerikas in der EU?

Die Wogen der Aufregung um den Irak-Krieg haben sich inzwischen geglättet, doch die Frage ist geblieben und wird auch in Deutsch-

land nicht selten gestellt: Wenn die Polen Amerika so lieben, was wollen sie dann in der EU?

In der Zeit des Irak-Krieges von 2003 jedenfalls war man vielerorts in Deutschland gar nicht gut auf die Polen zu sprechen. Aber hatten es sich die Polen nicht selbst zuzuschreiben, als sie so viel Hämme und Schelte ernteten. Diese „willigen Adjutanten Washingtons“ (Frankfurter Rundschau), diese „trojanischen Esel der USA in Europa“ (Süddeutsche Zeitung), diese „Söldner Amerikas“, die sich wie eine „selbstherrliche Großmacht von Amerikas Gnaden“ (Tageszeitung) aufführten und doch nur eine „Siegermacht mit 200 Soldaten“ (Tagesspiegel) waren. Wenn sich ausgerechnet ein Volk von Dieben (Kabarett-Sendung des RTL: „Witz des Jahres: Polnische Soldaten überwachen irakische Räuber“) und Schwarzarbeitern (RTL: „Die Polen werden die Wüste zukacheln“) in „militärischer Großmannssucht“ (Tageszeitung) anschickt, den Irak wieder aufzubauen, kann man da nicht wahrlich nur Tränen lachen?

Wer es bei der Feststellung belässt, die Polen hätten bewusst die Rolle von US-Marionetten gewählt oder seien einem falschen Bewusstsein erlegen, der verkennt die Lage. Es gibt noch durchaus Europäer, die Polen gehören mehrheitlich dazu, die keinen Ehrgeiz verspüren, den Amerikanern unbedingt zu trotzen. Sie haben kein Problem damit, die „american leadership“ zu akzeptieren. Die amerikanische Führungsmacht ist einerseits wohlthuend weit entfernt, andererseits haben alle ihre bisherigen Interventionen in Europa (Erster und Zweiter Weltkrieg, die Berlin-Blockade von 1948, der Nato-Doppelbeschluss von 1982, der Balkan nach 1989) aus polnischer Sicht dem Kontinent nur gut getan, weil sie wesentlich dazu beigetragen haben, dem nationalsozialistischen, kommunistischen und postkommunistischen (Serbien) Totalitarismus Einhalt zu gebieten. Ganz anders wäre es, wenn einer der eu-

ropäischen Staaten versuchte, in diese Rolle zu schlüpfen, sei es Frankreich, Deutschland, Großbritannien oder wer auch immer. Sobald ein europäisches Land die EU zum Gefährdeter eigener Interessen machen will, muss es damit rechnen, dass ihm die Nachbarn die Gefolgschaft verweigern. So funktioniert nun einmal Europa (nicht).

Derweil legte französisches, aber auch deutsches Verhalten im Vorfeld des Irak-Krieges immer häufiger in Polen den Verdacht nahe, die Kandidatenländer Osteuropas träten nicht der EU bei, um die Zukunft des Kontinents gemeinsam zu gestalten, sondern schlossen sich einem französisch-deutschen Dominium an, das in strikter Opposition zu den Vereinigten Staaten steht. Große Teile der Politik und der Öffentlichkeit vieler westeuropäischer Länder sehen inzwischen im Antiamerikanismus ein wichtiges Fundament der europäischen Einigung und einen wichtigen Baustein der aufkommenden gemeinsamen europäischen Identität. Zudem stellen sie andere vor die Wahl, sich für Europa oder Amerika entscheiden zu müssen. In der Vorstellungswelt nicht weniger westeuropäischer Politiker und Intellektueller kann man nur Frankreichs und Deutschlands Claqueur oder ein „Stiefellecker der Amerikaner“ sein. Obwohl Europa dazu weder wirtschaftlich noch technologisch, noch militärisch in der Lage ist, möchten nicht wenige Meinungsführer in Westeuropa eine EU errichten, die ein Gegengewicht zu Amerika bildet. Aus polnischer Sicht ist diese Politik des „Keep the Russians in and the Americans out of Europe“ ein gefährliches Abenteuer.

Man hat in Polen mit wachsender Verwunderung wahrgenommen, dass sich die vielbeschworene gemeinsame europäische Außenpolitik während der Irak-Krise darin erschöpfte, dass die beiden ranghöchsten Politiker Frankreichs und Deutschlands, ohne sich um die anderen Europäer viel zu kümmern, ihre höchst umstrittenen

Entscheidungen zur Irak-Frage in Zeitungsinterviews, auf Pressekonferenzen und bei Wahlkampfveranstaltungen verkündeten, sie zu „europäischen Positionen“ hochstilisierten und sich anschließend darüber beklagten, dass die anderen (die Briten, die Dänen, die Italiener, die Spanier, die Osteuropäer) ihnen die Gefolgschaft verweigerten.

Nicht anders erging es der gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik, die sich in der Zeit der Irak-Krise hauptsächlich darauf zu beschränken schien, Polen vorzuwerfen, es hätte moderne F-16-Kampfflugzeuge in den Vereinigten Staaten bestellt „und nicht etwa bei den europäischen Partnern“, wie sogar die pazifistische „Tageszeitung“ empört feststellte. Dass die amerikanische Offerte mit Abstand die Beste war, dass Polen gleichzeitig Truppentransporter in Finnland, Haubitzen in Großbritannien, Transportflugzeuge in Spanien kaufte, wurde einfach übersehen.

Keine Frage: Polen möchte in der EU sein und zwar aus den Gründen, die im Kapitel 4 eingehend erläutert wurden. Doch aus polnischer Sicht bietet nur eine starke, funktionsfähige und zugleich in eine gut funktionierende nordatlantische Partnerschaft eingebundene EU die Gewähr für einen dauerhaften Frieden in Europa. Um nur ein Beispiel zu nennen: Man mag sich gar nicht vorstellen, wie heute der Balkan ohne die Einmischung der Vereinigten Staaten aussähe.

Die europäische Integration darf die Nato nicht beschädigen. Deswegen müht sich Polen, sich so zu verhalten, wie eine lebensweise, aber treue Liebhaberin, die ihre beiden Freunde nie betrügen würde. Anders ausgedrückt: Polen nimmt sich die Freiheit, sich der von vielen Westeuropäern bevorzugten Entweder(Europa)-Oder(Amerika)-Politik zu entziehen. Nicht aus List und Bequemlichkeit, denn es wäre sicher einfacher, so

zu tun, als ginge das alles einen nichts an – unsere Hütte steht ja am Dorfrand.

Weil es jedoch im Westen zwischen London und Warschau kaum jemand anders für angebracht hielt, sich mit Amerika – statt mit Saddam Hussein – solidarisch zu erklären, fand sich Polen, plötzlich und unverhofft an vorderster Front der Irak-Politik, wollte nicht kneifen und schickte etwa 200 Soldaten in den Kampf als Zeichen seiner Verbundenheit mit Amerika.

Das hatte auch historische Gründe. In Deutschland ist ein Mann wie Friedrich von Steuben, der preußische Offizier, der später an der Seite Washingtons im Unabhängigkeitskrieg kämpfte und einer der Schöpfer der amerikanischen Armee war, eine weithin unbekannt Person. Wer erinnert sich schon an ihn? Anders verhält es sich in Polen, wo die Erinnerung an die eigenen Helden des amerikanischen Befreiungskrieges wie eh und je sehr lebendig ist: an Kazimierz Pulaski etwa, der als amerikanischer Kavalleriegeneral bei Savannah fiel, oder an Tadeusz Kosciuszko, der einst West Point baute und heute, in Bronze gegossen, jedem feierlichen Gelöbnis der Elite der US Army beiwohnt.

Polen haben ein ähnliches Verhältnis zu Amerika wie Italiener oder Iren, die bis heute nicht ganz im amerikanischen Schmelztiegel unkenntlich geworden sind. Es gibt etwa zehn Millionen polnischstämmige Amerikaner, die dem knapp zwei Jahrhunderte lang dreigeteilten, dann von den Nazis und Sowjets besetzten, schließlich kommunistisch gewordenen Polen in seinem Ringen um Freiheit stets treu zur Seite standen. Nicht wenige von ihnen waren unter den Angestellten, den Polizisten, den Feuerwehrlenten, die am 11. September ums Leben gekommen sind. Sie hatten ferne und nahe Verwandte in Polen. Amerika war und ist ein Teil von Polen, weil die Polen es gemeinsam mit vielen ande-

ren europäischen Nationen aufgebaut haben. Und obwohl der Irak-Krieg auch in Polen alles andere als populär war, sahen und sehen die meisten Polen keinen Grund, sich von Amerika abzuwenden in einem Moment, als es auf ihre Solidarität hoffte.

Niemand sprach es aus, und dennoch lag es in der Luft: Man wollte Amerika auch in die Pflicht nehmen, sollte sich eines Tages vielleicht doch wieder die Frage stellen, ob es sich denn lohne, für Danzig zu sterben – eine Frage, die Frankreich schon einmal, 1939, gestellt und mit Nein beantwortet hatte. Die Polen sind nun einmal, wer kann es ihnen verdenken, mit einem höchst empfindlichen historischen Langzeitgedächtnis ausgestattet.

Ogleich deutsche Pazifisten, wie in der „Tageszeitung“ geschrieben, das Land beinahe schon in die dunkelbraune Ecke absoben, als sie verkündeten, Polen beteilige sich „an einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg“, kann das nicht die polnische Freude darüber trüben, einen bescheidenen, aber konkreten Beitrag dazu geleistet zu haben, dass das Foltern, Morden und Giftmischen im Irak aufgehört hat. Jetzt blicken die polnischen Soldaten mit den Amerikanern und Briten in die vor einiger Zeit entdeckten Gruben mit Tausenden von Leichen – Opfern des Hussein-Regimes. Und wieder einmal stellt sich die Frage, deren Beantwortung Polen zeitweilig einigen EU-Staaten entfremdet hat: Darf der Frieden um jeden Preis wirklich jede Schandtät heiligen?

Noch weiß man nicht genau, ob das Gebiet, in dem die Massengräber liegen, zur polnischen Stabilisierungszone im Irak gehören wird – einer Zone, die manchen in Deutschland geradezu abwegig vorkommt, die aber nicht absurder ist als die französische Besatzungszone in Deutschland, die General de Gaulle einst von den Amerikanern übernommen hat. Und wenn auch die Amerikaner, wie damals,

einen wesentlichen Teil der Kosten übernehmen, so wird Polen doch die Bezüge seiner Truppen selbst bezahlen: Söldner sind die polnischen Soldaten nämlich nicht.

Kurzum: Mit Polen tritt kein „trojanisches Pferd Amerikas“ der EU bei, sondern ein Land, das, wie Großbritannien, keinen Hehl daraus macht, dass Europa und Amerika zueinander gehören.

14. Polen in der EU – die Trauben hängen hoch

Die Vorstellung, der EU-Beitritt wird Polen schnell in ein Schlaraffenland verwandeln, entspricht leider nicht den Tatsachen. Umgekehrt, er stellt das Land vor große finanzielle Herausforderungen, die, wenn sie nicht gekonnt gemeistert werden, ernsthafte politische und soziale Spannungen nach sich ziehen können.

Schon im Jahr 2004 wird Polen (für Mai bis Dezember) gut 1,5 Milliarden Euro EU-Mitgliedsbeitrag nach Brüssel überweisen müssen. Ab 2005 werden es dann knapp 2,5 Milliarden Euro pro Jahr sein. Zudem sind ab 2004 jährlich gut 100 Millionen Euro Beitrag für die Europäische Aufbaubank fällig.

Hinzu kommen knapp 300 Millionen Euro Gründungskapitalbeteiligung an der Europäischen Zentralbank. Gleichzeitig werden etwa 800 Millionen Euro bisheriger jährlicher polnischer Zolleinnahmen nicht mehr in den nationalen Haushalt, sondern direkt nach Brüssel fließen.

Damit die Direktzahlungen für die Landwirtschaft aus dem nationalen Haushalt von 25 auf 36 Prozent des EU-Niveaus aufgestockt werden können (siehe Kapitel 10), sind 40 Millionen Euro nötig. Etwa 1 Milliarde Euro sollten bereits 2004 in Reserve sein, damit die Gegenfinanzierung der EU-Strukturinvestitionen in Polen gewährleistet ist. In den nächsten Jahren muss sich dieser Betrag verdoppeln, will Po-

len seinen Eigenbeitrag, der bei 20 bis 50 Prozent liegt, zu den EU-Projekten leisten.

Ohne diese Eigenbeteiligung wird es kein Geld aus Brüssel geben. Das alles bedeutet, dass in den polnischen Staatsausgaben in den nächsten ein bis zwei Jahre enorme Einsparungen und Umschichtungen vorgenommen werden müssen, um die erwähnten Summen bereitzustellen.

Das wiederum heißt: Einschränkung vieler Subventionen und Sozialausgaben, soziale Spannungen und Proteste. Gelingt es jedoch nicht, die genannten Einschnitte durchzusetzen, damit die EU-Gelder abberufen werden können, dann droht Polen ein Land zu werden, das in den ersten Jahren seiner EU-Mitgliedschaft mehr Geld in die EU-Kassen einzahlt, als es von dort bekommt.

Wie man sieht, stellt der EU-Beitritt die polnische Innenpolitik vor enorme Herausforderungen.

15. Polen, Deutschland und die EU – Chance und Voraussetzung für ein Miteinander

In den frühen 90er Jahren sprach man oft und zu Recht von der polnisch-deutschen Interessengemeinschaft, als einem völlig neuen, stabilen Fundament der früher so leidvollen Beziehungen zwischen beiden Völkern und Staaten. Diese Interessengemeinschaft beruhte darauf, dass Deutschland seine Lage am Rande des Westens (siehe Kapitel 3) in eine EU-Binnenlage verwandeln und Polen seinerseits (siehe Kapitel 4) auf jeden Fall der EU beitreten wollte. Das Projekt lief unabhängig von den Stimmungen, Vorurteilen, Befürchtungen, die es im polnisch-deutschen Verhältnis zur Genüge gab und immer noch gibt.

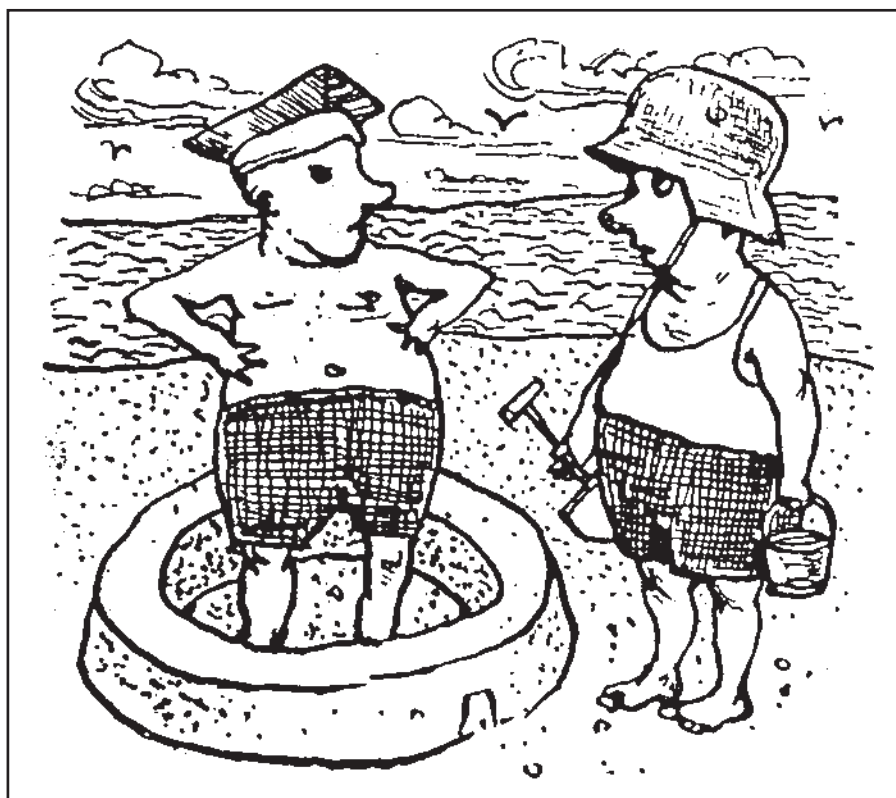
Man sprach auch oft davon, dass Deutschland die Rolle des Anwaltes Polens auf dem Wege in die EU

wahrnahm. Wo es einen Anwalt gibt, dort gibt es auch einen Mandanten. Anwalt und Mandant haben ein gemeinsames Ziel – den Prozess zu gewinnen, was keine Eintracht zwischen ihnen voraussetzt, weil die Meinungen der beiden, wie man den Prozess gewinnen kann, durchaus unterschiedlich sein können. So kam es zwischen Polen und Deutschland zu Meinungsverschiedenheiten in vielen Einzelfragen (Öffnung des EU-Arbeitsmarktes, Direktzahlungen in der Landwirtschaft, das Landkaufen durch EU-Bürger in Polen), doch die strategische Interessengemeinschaft funktionierte erfolgreich.

Inzwischen ist der EU-Beitritt Polens praktisch vollzogen, der einstige Mandant hat sich längst emanzipiert (siehe die Beitritts-Endverhandlungen in Kopenhagen im Dezember 2002 oder den Irak-Krieg), aber die Bedeutung des polnischen EU-Beitritts für die polnisch-deutschen Beziehungen ist kaum zu überschätzen. Sie können durchaus mit den britisch-irischen verglichen werden. Beiden

Relationen waren eine jahrhundertelange, abgrundtiefe Feindschaft und Misstrauen, tiefe Wunden, ein riesiges Ungleichgewicht der Potenziale eigen. Der EU-Beitritt beider Länder hat bewirkt, dass, obwohl die Potenziale weiterhin unterschiedlich sind, die Iren den Briten am EU-Tisch auf gleicher Augenhöhe begegnen, dass man aufeinander angewiesen ist und ohne einander nicht kann.

Nicht anders sieht es in den polnisch-deutschen Beziehungen aus. Der dauerhafte Verbleib Polens außerhalb der EU würde bedeuten, dass jedes der beiden Länder, um die Fußballsprache zu bemühen, in einer anderen Liga spielt. Ein distanzierteres, langfristiges polnisch-deutsches Nebeneinander wäre die Folge. In der EU sein bedeutet für beide Länder: Durchdringung, Integration, Gemeinsamkeit, bedeutet Miteinander und Füreinander sein. Alle Voraussetzungen dafür sind mit dem polnischen EU-Beitritt gegeben. Es liegt nur noch an uns, den Bürgern, ob wir diese Chance nutzen.



Zeichnung Rafal Zawistowski, Zycie 2001

Verfasser

Janusz Tycner, (Jahrgang 1955), Studium am Moskauer Staatlichen Institut für Internationale Beziehungen, Fachgebiet Skandinavien. Abschluss 1978. Aufbaustudium an der Journalistischen Fakultät der Warschauer Universität, Abschluss 1980. 1980 bis 1995 Redakteur, zuletzt stellv. Chefredakteur der Warschauer Wochenzeitung *Prawo i Życie* (Recht und Leben). Ab Juli 1995 Autor und freier Journalist, arbeitet als Korrespondent aus Polen und den benachbarten Ländern Osteuropas (Baltikum, Weißrussland, Ukraine) für die schweizer Presse, schreibt seit 1998 regelmäßig für die Hamburger Wochenzeitung *DIE ZEIT*. Herr Tycner lebt in Warschau und arbeitet seit langem in verschiedenen Bereichen (Seminare, Referate, Studienreisen) verantwortlich mit der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung zusammen, die ihn gebeten hat, zu dem aktuellen Thema EU-Osterweiterung aus seiner Sicht als polnischer Journalist Stellung zu nehmen.